STADT STEIN AM RHEIN

Sitzung 05/16 des Einwohnerrates

Freitag, 9. Dezember 2016, 19.00 - 22.30 Uhr
Bürgerasyl, Jakob und Emma Windler-Saal

Vorsitz:	Spescha	Peter	SP	Präsident
Anwesend:	<u>Einwohnerrat</u>			
	Cantieni	Arthur	SP	
	Derrer	Jörg	SP	Aktuar
	Dean	Cornelia	SP	Stimmenzählerin
	Flück	Christian	Pro Stein	Vizepräsident
	Frei	Christoph	Pro Stein	
	Gruhler Heinzer	Irene	SP	
	Käser	Werner	FDP	
	Marchetto	Gian Luca	SVP	
	Oster	Rolf	SP	
	Schäffeler	René	FDP	
	Schmid	Werner	FDP	
	Vetterli	Ruedi	parteilos	
	<u>Stadtrat</u>			
	Eimer	Claudia Pia	Stadtpräsidentin	
	Böhni	Ernst	Sicherheitsreferent	
	Sigrist	Karin	Finanzreferentin	
	Oderbolz	Markus	Bau- und Werkreferent	
	Böhni	Ulrich	Bildungsreferent	
	<u>Verwaltung</u>			
	Bühler	Ernst	Stadtschreiber	
	Grötchen	Robert	Polizeichef/Weibel	
	Furger	Martin	Zentralverwaltung	
	<u>Geschäftsprüfungskommission</u>			
	Schnarwiler	Thomas		
Entschuldigt:	Ochsner	Daniel	SVP	Stimmenzähler
	Rossi	Jean-Marc	Freie Liste (FL)	
Protokoll:	Strasser	Beatrice	Protokollführerin	

Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 11. November 2016
2. Orientierungsvorlage: Schlussbericht der Verwaltungsreform 2012 - 2016
3. Verabschiedung Stellenplan Verwaltung
4. Orientierungsvorlage Finanzplan 2016 - 2012
5. Voranschlage Budget 2017
6. Änderung Bootsliegeplatzreglement
7. Allgemeine Umfragen / Verabschiedungen

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident begrüsst die Anwesenden zur fünften und letzten Einwohnerratssitzung des laufenden Jahres. Die Anwesenden haben die aufgeführten Geschäftsunterlagen und die Traktandenliste fristgerecht zugeschickt bekommen. Zur Traktandenliste sind keine weiteren Änderungen gewünscht. Entschuldigt für die Sitzung haben sich Daniel Ochsner und Jean Marc Rossi, somit sind 13 Einwohnerräte anwesend. Die Eintrittsdebatte in dieser Sitzung hat zuerst die SP Fraktion, gefolgt von der bürgerlichen Fraktion.

INNERES, Einwohnerrat, Protokolle 03.20.005

1. Protokoll der Sitzung vom 11. November 2016

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident fragt nach, ob es zum Protokoll vom 11. November Änderungswünsche gibt?

Es werden keine Änderungen gewünscht.

Beschluss
Das Protokoll der Sitzung vom 11. November 2016 wird einstimmig angenommen.

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000

INNERES, Gemeindewesen, Verwaltung und Betrieb 03.30.030

2. Orientierungsvorlage: Schlussbericht der Verwaltungsreform 2012 - 2016

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin begrüsst die Anwesenden. Der Stadtrat freut sich, den Anwesenden den Schlussbericht über die Verwaltungsreform 2012 bis 2016 vorlegen zu können. Es wurde ein umfassendes Werk mit 32 Seiten, welche gegliedert sind in Resümee, Zielsetzungen zum Abschluss der Verwaltungsreform, der Verwaltungsorganisation, welche die Führungsstruktur, Zahlen und Fakten, die Verschiebung von Tätigkeiten sowie den Stellenplan umfasst. Dazu noch den Stellenplan, Aufbau und Nutzen des Stellenplans, vom detaillierten Stellenplan zum strategischen Führungsinstrument, sowie die Infrastruktur im Rathaus und in der

Informatik und schlussendlich noch ein Schlusswort.
Frau Eimer will hier nicht nochmals alles ausführlich durchgehen. Sie geht davon aus, dass die Einwohnerräte die Orientierungsvorlage gelesen haben und somit informiert sind. Auch die Medien haben darüber berichtet. Hier bedankt sich Frau Eimer noch für die Berichterstattung. Diese Orientierungsvorlage ist nun zur Kenntnisnahme an den Einwohnerrat. Es war ein viereinhalbjähriger Prozess, welcher nun mit diesem Bericht abgeschlossen wird, welcher aber natürlich in diesem Sinne als Prozess in einer Verwaltung, in welcher immer wieder Optimierungen gemacht werden können und Zwischenberichte fällig sind, weitergeführt werden wird.
Frau Eimer möchte zuerst eine Rückblende machen. Sie hat in ihren alten Unterlagen, als sie noch im Einwohnerrat war, eine Motion zur Verwaltungsreform gefunden welche sie zusammen mit Werner Käser, Rolf Oster, Arthur Cantieni und Jörg Derrer am 16. Januar 2012 eingereicht hat mit folgendem Antrag: „Der Stadtrat wird eingeladen, dem Einwohnerrat Bericht und Antrag zur dringlich durchzuführenden Verwaltungsreform vorzulegen. Mit dem Finanzplan 2012 – 2016 hat sich der Stadtrat für die stärkere Trennung von strategischer und operativer Führung ausgesprochen. Im Weiteren hat er Bereiche und Abteilungen benannt, deren Auftrag und Aufgabe geprüft und allenfalls angepasst werden sollen. Die anstehenden Wahlen sowie die aktuelle personelle Situation bedingt zwingend die Anpassung von Pensen, Aufgaben und Aufträgen.“
In diesem Sinne wird nun der Bericht abgeschlossen und an die neuen Exekutiv- und Legislativmitglieder des Rates weitergegeben.
Am 13. April 2012 hat der Stadtrat die Ziele und den Inhalt dieser Umsetzung mit einem Antrag an den Einwohnerrat präsentiert. Daraufhin wurde am 21. August 2014 ein Zwischenbericht gemacht, wo ein Antrag zur Änderung des Stellenplans gestellt wurde, welche zum Teil auch gut geheissen wurden. Und nun legt der Stadtrat eben die aktuelle, überarbeitete Version vor. Am 10. August 2016 hat der Stadtrat das überarbeitete Organigramm, welches Bestandteil der Verwaltungsreform ist, genehmigt und bei den Aufgabenzuweisungen war das Ziel, die Schnittstellen möglichst gering zu halten und Aufgaben da anzusiedeln, wo das entsprechende Fachwissen vorhanden ist und Synergien genutzt werden können.
Als nächstes kommt Frau Eimer zu den einzelnen Punkten, welche aufgrund des zweiten Zwischenberichts überarbeitet wurden. Ein wichtiger Punkt hierbei ist die Umstellung und Überarbeitung des Organigramms. Dazu kommt die Anstellung eines Immobilienbewirtschafters, welcher alle Verwaltungsbereiche wesentlich entlasten soll und die Verantwortungen und Kompetenzen an einer Stelle konzentrieren kann.
Auf Seite 5, zu den einzelnen Punkten des Zwischenberichts, sieht man, dass die Erfahrung gezeigt hat, dass die Stadtverwaltung zweckmässig organisiert ist und es hier somit mit Abschluss der Verwaltungsreform wenige Verschiebungen gibt. Zum Thema der Zweckmässigkeit erwähnt Frau Eimer auch, dass am Vortag eine Gemeindevisitation war. Der Kanton ist ja zuständig für die Überprüfung der Gemeinden. Den ganzen Nachmittag war Ernst Landolt vom Departement für Justiz und Gemeinden als Prüfer vor Ort. Die Zentralverwaltung, das Soziale wie auch die Stadtkanzlei wurden durchleuchtet und geprüft. Es mussten im Vorfeld schon schriftliche Antworten gegeben werden, ob die Abläufe stimmen, ob alle Protokolle vorhanden sind oder wie die Verwaltung aufgebaut ist. Danach haben wir ein mündliches Resümee erhalten, auf welches auch ein schriftlicher Bericht folgt. Die Stadt kann stolz sein auf eine so gut und effizient geführte Verwaltung. Dazu wird es auch noch eine Mitteilung aus dem Stadtrat geben. Nichts desto trotz kann immer optimiert werden. Das Ziel, die strategischen und operativen Aufgaben besser zu trennen und Kompetenzen entsprechend zu delegieren wurde nicht so weit erreicht, wie eigentlich gewollt.

Die Führungsstruktur der Stadtverwaltung wurde am 1. März angepasst und das Organigramm wurde neu aufgestellt. Im Grundsatz bedeutet das, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Vorgesetzten oder eine Vorgesetzte in der Stadtverwaltung haben. Der Handlungsbedarf wurde ganz klar notiert, dass die Führungsstruktur angepasst wird und die Behördenorganisation geregelt und dass Kompetenzen an Kommissionen, Referatsleiter und –leiterinnen und Verwaltungspersonal klar zugewiesen wird.
Bei den Prozessen und Abläufen ist es so, dass sich die Zusammenlegung von Bau und Werke unter dem Baureferat auf einer politischen Ebene nicht bewährt hat. Es ist zu viel. Die Arbeitslast ist zu hoch. Dadurch leidet dann auch die politische und fachliche Führung. Ganz wichtig daraus ist, dass die Immobilien neu gewichtet werden sollen und mit einem Liegenschaftsreferat oder eben mit dem Immobilienbewirtschafter politisch und fachlich aufgewertet werden. Mit dem Immobilienbewirtschafter kann die Bauverwaltung, die Zentralverwaltung und die Stadtkanzlei wirkungsvoll entlastet werden. Dies ist auch dringendst nötig. Es besteht also ein Handlungsbedarf in der Referatsbildung dass man den Hoch- und Tiefbau wieder in eigene Referate aufteilt, bei der Referatsbildung ein Immobilienreferat prüft und eine personelle Fachunterstützung sicherstellt. Dazu gibt es zur Effizienzsteigerung eine Softwareerneuerung sowie Applikationen für die einzelnen Fachbereiche anzuschaffen. Damit ist man im Moment gerade beschäftigt. Dies ist auch Schritt für Schritt möglich. Zusätzlich existiert noch der Bereich Information und Kommunikation. In der internen Kommunikation wurde der Kommunikationsfluss verstetigt, das kann aber natürlich immer optimiert werden. Ein Kommunikationskonzept wurde erarbeitet, aber noch nicht verabschiedet und kann somit an die neue Exekutive als Information zur Verabschiedung weitergegeben werden. Ohne Zusatzkosten wurde das Extranet für Stadtrat und Einwohnerrat eingeführt. Bis jetzt sind alle soweit zufrieden mit dieser Lösung. Es gibt auch eine Holschuld, und nicht nur eine Bringschuld. Dies ist nun etwas, was der Stadt das sehr vereinfacht und der für den Einwohnerrat sind die nötigen Informationen sofort zugänglich.
Was noch dazu kommt ist, dass seit viereinhalb Jahren die Verwaltungsführung wöchentlich zusammenkommt und sich gegenseitig informiert, über Geschäfte berät und diese vorbereitet. Somit hat man auch diesen Informationsfluss regelmässig. Die neu eingeführten zwei obligatorischen Mitarbeiterinformationen werden sehr geschätzt. Generell trägt das zu einer offenen Informationstätigkeit in der Verwaltungsführung und der Festigung und Verbesserung des Betriebsklimas bei. Die externe Kommunikation, also die Mitteilungen aus dem Stadtrat, die regelmässig gemacht werden, neu noch einen öffentlicher Newsletter und die Homepage, die neu eingeführte Bürgersprechstunde sowie die öffentlichen Informationsveranstaltungen, welche auch immer rege besucht werden und so zeigen, dass das Interesse an Information da ist und der Stadtrat so auch seiner Pflicht als Exekutive nachkommt. Der Handlungsbedarf besteht nun darin, den angebotenen Service laufen auszubauen und adäquat weiterhin zu informieren.
In der operativen Führung ist die personelle Situation immer noch angespannt. Die Verwaltungsführung leistet immer noch viele Überstunden, um ihr Arbeitspensum zu schaffen. Das kann einfach kein Dauerzustand sein. Der Einwohnerrat wie auch der Stadtrat stehen in der Pflicht, denn Stellenplan so zu gestalten, dass für eine gesetzeskonforme und fachlich kompetente Bewerkstelligung des Tagesgeschäftes ausreichend Personal zur Verfügung steht. Bei den Mitarbeitenden stimmen die Arbeitsmenge und das Arbeitspensum recht gut überein. Eine Entlastung der Verwaltungsführung bei der administrativen Routinearbeit ist anzustreben. Zur Zeit werden noch die Arbeitsabläufe in dem Sinne überprüft und hier ist man auf eine

flexible Stellenplanung angewiesen, auf welche Frau Eimer später noch zu sprechen kommt. Der Handlungsbedarf hierbei besteht darin, eine Entlastung für die Verwaltungsführung zu schaffen.
Nun kommt Frau Eimer noch auf die Ziele zum Abschluss der Verwaltungsreform zu sprechen. Der Stadtrat hat bei der Referatsbildung eine gewisse Flexibilität bekommen, um die Aufgaben besser aufteilen zu können. Darum sind einzelne wichtige Aufgabenbereiche als Referat aufzuwerten. Was auch wichtig ist, ist dass jedes Referat einem Bereichsleitenden zugeteilt ist. Kein Exekutivmitglied soll jemanden in der Verwaltung führen.
Ein wichtiger Teil der Verwaltungsreform war auch, dass man gesagt hat, dass man nicht mehr mit so vielen Kommissionen, welche politisch besetzt waren, zusammenarbeiten will. Man möchte ein anderes System, darum hat man die zwei einwohnerrätlichen Kommissionen gebildet. Die meisten hier Anwesenden waren dabei, als man diese Diskussionen geführt hat und die Kommissionen eingeführt hat. Hier kann man sicherlich auch noch einiges optimieren mit den Abläufen und Inhalten der Kommissionen. Was sicher andenken könnte, ist eine Kommission, welche den Behörden und der Verwaltung hilft. Diese Kommission könnte man sich überlegen. Die Zusammensetzung müsste aber gut überdacht sein. Es ist immer wichtig, den Bürgerinnen und Bürgern eine Möglichkeit zu bieten, an der Stadtpolitik teilzuhaben.
Beim Stellenplan sind die Bewilligungsinstanzen in einem vom Einwohnerrat bewilligten strategischen Gesamtstellenplan und einem vom Stadtrat bewilligten operativen Stellenplan aufzuteilen. Darauf wird man im Antrag zum Stellenplan noch genauer zu sprechen kommen.
Die Verwaltungsreform wird somit mit dem neuen Organigramm und den Aufgabenzuweisungen, sowie dem Schlussbericht abgeschlossen.
Somit kommt Frau Eimer zum nächsten Punkt, der Verwaltungsorganisation. Hierbei verweist sie auf das Organigramm. Im ersten Zwischenschritt wurde das Führungsmodell Primus inter Pares (Einer unter Vielen) angewendet, so dass der Stadtschreiber auf der gleichen Ebene war wie die anderen Bereichsleiter. Im Januar war die Klausur des Stadtrates, wo beschlossen wurde, dass nun die Gesamtverantwortung für die Verwaltungsführung beim Stadtschreiber liegen soll, so dass man vom bisherigen System einer gleichberechtigten Verwaltungsführung Abstand nehmen will, damit klare Zuständigkeiten gegeben sind gelebt werden können. Das Ganze ist auf S. 9 des Schlussberichts einsehbar. Neu ist auch, dass die Stadtpolizei neu dem Stadtschreiber unterstellt ist und nicht mehr dem Sicherheitsreferat, so dass man schlussendlich ein Referat hat, welches für beide zuständig ist. Dies ist auch auf dem Organigramm zu sehen. Oben zu sehen mit dem Stadtpräsidium und der Schulbehörde ist der strategische Teil sowie die Verwaltungsführung im operativen Teil mit dem Stadtschreiber, welcher die Gesamtverantwortung über die Verwaltungsführung hat. Und jeder Bereich ist zusätzlich noch einem eigenen Bereichsleiter unterstellt. Das Alters- und Pflegeheim Stein am Rhein (neu: Alterszentrum) wird neu als eigener Betrieb mit eigener Rechnungsverantwortung. Darum steht das auf der rechten Seite, wo es aber fachlich und administrativ der Betriebskommission unterstellt ist, welcher daher von einer Aufsichts- in eine Betriebskommission umgewandelt werden sollte. So bekommt Herr Peter Keller auch gute fachliche Unterstützung durch die Kommission. Der zweite Teil bezieht sich auf die Schulbehörde und die Schulen mit den Schulleitungen, welche in diesem Sinn auch einen „Sonderfall“ in der Verwaltung darstellen.
Danach kommen die Zahlen und Fakten, darauf möchte Frau Eimer nicht weiter eingehen. Dies zeigt einfach, wie viele Geschäfte dass die Stadt hat und wie viele Sitzungen, dass es gibt, wenn man beispielsweise nur schon beim Einwohnerrat

schaut. Dies ist auch ein Thema, dass man prozentual gar nirgends aufgelistet hat. Es waren doch zehn parlamentarische Vorstösse, Volksinitiativen, Motionen und Petitionen waren es insgesamt sechs, sechs Sitzungen, 159 Protokollseiten und 35 Beschlüsse, welche verarbeitet, aufbereitet, kommuniziert und informiert werden müssen. Es ist sicher ein Teil da, wo man vom Einwohnerrat klar sagen darf, dass die Stadtkanzlei damit Arbeit hat.
Dann hat man noch die Wahlen und Abstimmungen bei der Stadtkanzlei, das Erbschaftsamt, Sicherheit und Bestattungswesen, dann noch das Soziale mit der wirtschaftlichen Hilfe und die Behördengeschäfte, dann noch die Finanzen und der Einwohnerdienst, Steuerwesen und die Zentralverwaltung, wo man mal sieht, wie viele Belege, dass beispielsweise in der Finanzbuchhaltung zusammenkommen. Das sind ungefähr 15'000 Belege pro Jahr. Frau Eimer findet es noch interessant mit diesen Zahlen, dass man das so mal sieht.
Auf Seite 14 sind die Einwohnerdienste sowie der Bau mit den Haupttätigkeiten Baupolizei, Baugesuche, von welchen man pro Jahr durchschnittlich 80 hat. Das ist bei einer Gemeinde mit 3400 Einwohnerinnen und Einwohnern überdurchschnittlich viel. Dann hat man das Bausekretariat mit Boulevardgesuchen, Reklamegesuchen, Feuerpolizei und Immobilienbewirtschaftung, welche man hier noch drin hat. Man hat 89 Gebäude in ganz verschiedener Art und Weise, man hat fünf Pächter in der Landwirtschaft und 68 Grundstücke mit elf Pächtern. Dazu kommen noch 64 Kabislandbesitzer. Dazu hat man noch sehr viele Veranstaltungen, welche generell in die Verwaltung gehören. Dann hat man noch Mieter von Wohnungen, dazu hat man noch Wald, Reben und Garagen. Dies einfach, damit einmal aufgelistet ist, weil man ja nachher bei den Stellenprozenten wieder darauf zu sprechen kommt.
Dann hat man noch die Werke mit dem Wärmeverbund, Wasser und Abwasser und mit den Strassen. Aussergewöhnlich sind ausserdem diese Immobilienbesitze, welche es zu bewirtschaften gibt. Die Zusammensetzung des Immobilienportfolios der Stadt Stein am Rhein und dessen Nutzungen könnte nicht unterschiedlicher sein.
Ein wichtiger und grosser neuer Teil der Verwaltungsreform sind die verschiedenen Neuzuweisungen, welche gemacht wurden. Auch hier geht Frau Eimer nur auf ein zwei Punkte ein. Auf Seite 15 ist wichtig, dass das Personalwesen, welches bis jetzt in jeglichen Bereichen war, bei der Stadtkanzlei zentralisiert wurde. Das Sekretariat des Einwohnerrates wurde bis anhin gar nirgends aufgeführt. Neu werden die Immobilien, welche vorhin in diversen Bereichen untergebracht waren, beim Bau zusammengefasst. Bei den anderen Punkten sieht man auch die Zuweisungen, welche man gemacht hat, damit man wirklich adäquat arbeiten kann und man am richtigen Ort ist, damit es auch von den Abläufen und Schnittstellen her stimmt.
Ab Seite 16 sind die restlichen Aufgaben vermerkt, welche verschoben wurden. Dies wurde auch gut begründet, warum diese verschoben wurden. Dann hat man noch den Personaldienst. Dies ist eine Querschnittsaufgabe, welche neu 2017 umgesetzt werden soll. Zusätzliche Stellenprozente sind hierfür nicht geplant, dieser Punkt ist neu beim Stadtschreiber. In der Orientierungsvorlage sind die entsprechenden Auflistungen vermerkt.
Auf den Stellenplan möchte Frau Eimer im entsprechenden Antrag genauer ausführen.
Auf Seite 29, für die, die mitblättern, haben wir noch den letzten Teil und zwar die Infrastruktur. Dies ist natürlich nicht erst heute so, sondern es ist ein altes Thema. Das Rathaus entspricht nicht mehr den heutigen Bedingungen eines öffentlichen Verwaltungsgebäudes und zwar für alle. Für die, die im Rathaus arbeiten, wie auch diejenigen, die Dienstleistungen beanspruchen. Es ist dringendst nötig, dass hier etwas gemacht wird. Es geht hier auch um den ersten Eindruck, der entsteht. Dies ist immer schwierig. Man hat dies noch ein wenig aufgelistet. Es wurde ja im ersten

Zwischenbericht gesagt, was man schon verschoben hat und was man schon optimiert hat. Dass man also die Einwohnerkontrolle ins Parterre verschoben hat, da wurde auch umgebaut. Dies bedingt aber, dass nun die Einwohnerkontrolle noch weniger Platz hat. Ein Teil der Akten sind beispielsweise im zweiten Stock oben, so dass die Angestellten hier immer hoch und runter laufen müssen. Es ist also wirklich schwierig, so zu arbeiten. Es ist aber nicht nur so, dass der Platz fehlt. Es ist zudem noch dunkel, es zieht rein jetzt gerade im Winter und es ist auch eine gewisse Sicherheit, die nicht gewährleistet ist, weder im Sozialen, noch bei den Steuern. Es existieren beispielsweise keine Diskretionsschalter. Was auch auf nächstes Jahr geplant ist, eine ganz leichte Optimierung, ist, dass die Platzverhältnisse im Moment im Sozialen eng und ungenügend sind. Die Bereichsleiterin Soziales teilt im Moment das Büro mit einer Lernenden. Dies ist natürlich für die Leute nicht optimal, da es doch ganz schön persönliche Gespräche, die man führt, wo man nicht gerne noch jemanden dabei hat, der mithört. Daher ist hier geplant, dass man einen Wechsel macht mit dem Büro des Stadtschreibers, damit man hier einfach ein wenig mehr Platz hat. Aber dies ist natürlich keine Endlösung. Auch die sanitären Einrichtungen entsprechen nicht mehr den heutigen Standards, genauso wie die Bürozustände allgemein.
Zum Schluss kommt Frau Eimer noch auf die Informatik zu sprechen. Auch hier ist man laufend daran, die Informatik zu optimieren. Dafür muss ein Bisschen was investiert werden. Das sieht man auch im Budget. Das lohnt sich aber sicherlich auch, dass man einen Anschluss an ein Rechenzentrum bekommen, steht im Vordergrund.
Frau Eimer rezitiert das Schlusswort der Orientierungsvorlage:
Mit dem Ende dieser Legislatur kann die im 2012 eingeleitete Verwaltungsreform zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden. Die Stadt Stein am Rhein verfügt über eine zeitgemässe, bürgernah und schlank organisierte Stadtverwaltung. Sie ist für die Zukunft bestens gerüstet.
Für den Stadtrat, die Verwaltungsführung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter war es eine äusserst intensive Zeit, die viel Einsatz und Flexibilität erforderte. Nun gilt es, das Erreichte zu konsolidieren und weiterzuentwickeln.
Für die geleistete grosse Arbeit dankt der Stadtrat allen Personen, die mitgewirkt und zum guten Resultat beigetragen haben bestens. Dem Verwaltungspersonal gebührt Dank für die Solidarität und das Verständnis während dieser wechselvollen Zeit.

Der Einwohnerrat wird eingeladen, vom Schlussbericht wohlwollend Kenntnis zu nehmen
und den separat gestellten Anträgen des Stadtrates bezüglich des Stellenplans zuzustimmen.
(Zitat Orientierungsvorlage zum Schlussbericht der Verwaltungsreform 2012-2016)
Frau Eimer bedankt sich beim Einwohnerrat.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Frau Eimer für die Ausführungen und hofft, dass diese Verwaltungsreform auch in gutem Sinne weitergeführt wird. Herr Spescha erklärt, dass es zu einer Orientierungsvorlage kein Eintreten gibt. Da es auch sonst keine weiteren Wortmeldungen zur Vorlage gibt, geht er weiter zum nächsten Traktandum.

Mitteilung an
<u>mit Protokollauszug:</u>
- Einwohnerrat, Peter Spescha, Im Riet 19, 8260 Stein am Rhein
- GPK,
- Ablage Ordner Stadtkanzlei

- Ablage

Extranet:
- Einwohnerrat (Protokoll 05/16)
- Stadtrat
- Bereichsleiter

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000

INNERES, Gemeindewesen, Verwaltung und Betrieb 03.30.030

3. Verabschiedung Stellenplan Verwaltung

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident erklärt, dass die Vorlage dem Einwohnerrat in einer korrigierten Fassung am 05. Dezember nochmals zugestellt wurde. In der korrigierten Fassung wurden die Lohnklassen richtig gestellt. Herr Spescha geht davon aus, dass alle die korrigierte Fassung erhalten haben. Er übergibt Frau Eimer das Wort.

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin fährt gleich fort. Der Antrag zur Verabschiedung des Stellenplans ist aus dem Schlussbericht der Verwaltungsreform entstanden. Es wurde schon einiges angetönt und der Einwohnerrat hat den Antrag sicher schon gelesen. Daher will Frau Eimer auch hier nicht allzu sehr ins Detail gehen.
Im heutigen System hat man einen Stellenplan, der für eine Legislaturperiode verabschiedet wird. Dieses System überzeugt nicht mehr. Es ist zu wenig flexibel und man kann zu wenig flexibel auf Veränderungen eingehen, welche natürlich auch in einer Verwaltung passieren. Es wird auch der immer komplexer werdenden Aufgaben des Stadtrates und der Stadtverwaltung nicht mehr gerecht. Es sind komplexe Arbeitsabläufe dahinter, min Aufgaben, die auch nicht immer so einfach sind zum Erfassen, was da gerade gebraucht wird und was nicht.
Der Stadtrat als Exekutivorgan ist dem Gemeindegesetz verpflichtet, im Rahmen des Gesetzes die Organisation der Gemeindeverwaltung zu regeln. Dazu steht dem Rat von Gesetzes wegen ein Handlungsspielraum offen, den der Einwohnerrat dem Stadtrat einzuräumen hat. Unter diesen Prämissen hat der Stadtrat die Stadtverwaltung zweckmässig und pflichtgemäss nach Ermessen zu organisieren im Rahmen dem vom Einwohnerrat vorgegebenen strategischen Gesamtstellenplan. Der Stadtrat schlägt nun vor, dass der Stellenplan folgendermassen aufgeteilt wird: Der Einwohnerrat ist für den strategischen Gesamtstellenplan verantwortlich und befindet auch darüber. Das beinhaltet das Stadtpräsidium, Bereichsleitende und einzelne Mitarbeitende ab Lohnklasse 21 sowie das Stellentotal für das übrige Verwaltungs- und Betriebspersonal. Dazu kommt der operative Stellenplan, wo der Stadtrat zuständig wäre mit den Bereichen, den Abteilungen und mit den einzelnen Stellen. Mit dieser Abgrenzung der Zuständigkeiten des Stadtrates bis und mit Lohnklasse 20 wird sichergestellt, dass keine neuen Kaderpositionen geschaffen werden, ohne dass der Einwohnerrat mitbestimmen kann. Ein Teil des jährlichen Voranschlages wäre dann der strategische Gesamtstellenplan, welcher dann zur Bewilligung dem Einwohnerrat vorgelegt wird. Die Geschäftsprüfungskommission hat im Rahmen der Prüfungsaufgaben jederzeit Einsichtsrecht in die Details und der Einwohnerrat wird die Oberaufsicht über die Stadtverwaltung ausüben und kann in dieser Funktion zum Stellenplan Auskünfte

verlangen. Die vorgeschlagene Trennung der Bewilligungsinstanzen ist sach- und stufengerecht und der ideale Weg, die Kompetenzen der beiden politischen Ebenen so zuzuweisen, dass sie ihren Verpflichtungen seriös nachkommen können. Für den Stadtrat ist es essentiell, einen operativen Handlungsspielraum in diesem vorgegebenen Rahmen zu haben, damit er auf diese Entwicklungen und Veränderungen angemessen und zeitgerecht reagieren kann. Rechtlich ist diese Splittung des Genehmigungsverfahrens gut abgestützt.
In Absatz B) wurden noch Nachträge der Stellenpläne gemacht, welche dem Einwohnerrat auch noch gerne beantragt werden würden. Das ist eigentlich etwas formelles, da man so schon längstens unterwegs ist, aber man hat es nicht im Stellenplan mit drin gehabt. Dabei handelt es sich um die Verwaltungspolizei mit 30% Pensum, die Bibliothek mit 30% und die Ludothek mit einem 20% Pensum und noch die Schulleitung, welche schon in einem anderen Antrag festgelegt wurde, das wären noch weitere 25% Pensum. Das hat keine finanziellen Auswirkungen. Es wären also 105% generell, die noch mit dazu genommen werden müssten.
Nun kommt Frau Eimer noch auf die angemessene Immobilienbewirtschaftung zu sprechen. Wie schon gesagt, sind die Immobilien ein wichtiger Bestandteil des Vermögens, das eigentlich der Bevölkerung gehört. Die Stadtbehörde ist sich bewusst, dass man diese Immobilien einwandfrei und fachkompetent bewirtschaften sollte. Davon kann die Bevölkerung auch ausgehen, dass dies so geschieht und dass keine Wertminderungen und Einbussen durch Nachlässigkeiten entstehen können. Dadurch können auch Kosten gespart werden, wenn man eine gut geführte Immobilienbewirtschaftung hat.
Auf Seite 4 des Stellenplans sieht man die heutige Organisation. Es wurde in vier Bereiche aufgeteilt wo unterschiedlich viele Personen daran arbeiten und daher auch unterschiedliche Prozente haben. Im Bau zusammengefasst sind der Unterhalt von Projekten, Miete, Pacht und weiteres bis zur Personalführung der Hauswarte, Leistungsvereinbarungen und Administration bei 50%, aufgeteilt unter drei Personen. Dann hat man die Zentralverwaltung, welche die Strategie unter sich hat, mit Kauf und Verkauf, Mietverträgen, Pachtverträgen und der Administration. Dann kommt noch die Sicherheit, Vermietung von Parkplätzen, Parkraumbewirtschaftung und der Unterhalt der Leichenhallen. Die Stadtkanzlei hat die Vermietung des Bürgerasyls, der Hallen im Hopfengarten und der Mehrzweckhalle, Sitzungszimmer und dazu noch die Reben inklusive Weinverkauf sowie die Leistungsvereinbarungen. Die entsprechenden Prozentzahlen sind dem Antrag zu entnehmen. Wie man sieht, ist das ganze heute recht kompliziert wie man das aufgeteilt hat.
Nebst einem möglichen Immobilienreferat, welches auch das politisch nötige Gewicht einbringt, kann die Fachkompetenz durch eine gut ausgebildete Person erheblich gesteigert werden und so auch eine gute Unterstützung bringen. Die Immobilienbewirtschaftung sollte aus einer Hand kommen. Der Stadtrat schlägt darum die folgende Organisation vor (zu sehen auf S. 5):
Die Abteilung Immobilien hat eigentlich all das, was Frau Eimer vorhin aufgezählt hat, unter sich, dazu noch das Recht, welches noch dazu kommt, mit einem gesamten Arbeitspensum von 100%, weil diese 30%, welche bei diesen vier verschiedenen Abteilungen fehlen, die fehlen effektiv und die würde man dann hier dazu nehmen. Die Kosten belaufen sich auf etwa 130’00.- Fr. pro Jahr. Es wurde aufgezeigt, wie diese Stelle finanziert werden kann. Das wurde im Bericht der Verwaltungsreform ausführlich beschrieben, dass man beim Bau eine Stellenplanreduktion plant, welche 40'000.- Fr. gibt. Dazu kommt eine Lohnanpassung beim Bauamt von 15'000.- und bei den Hauswarten eine Einsparung von 20'000 – 30'000.-. Beim Feuerwehr Materialwart erwartet man eine Einsparung von 40'000 bis 50'000.- Fr. und beim Forst ebenfalls

40'000 – 50'000.- Fr. Also können somit rund 155'000 – 185'000.- Fr. eingespart werden und mit 130'000.- Fr. rechnet man für die neue Stelle, inklusive Sozialleistungen.
Die Anstellung eines Immobilienbewirtschafters entlastet die heute mit diesen Aufgaben betreuten Verwaltungsbereiche nachhaltig. Die frei gewordenen Stellenprozente können durch die Verwaltungsreform entstandenen neuen Aufgaben zugeteilt werden, beziehungsweise können die Betreuung die Leistungen des Fachgebietes verbessert werden, wie man auf Seite 6 der Aufstellung sieht. Man hat beim Bau neu 50% frei, welche ins Tiefbausekretariat investiert werden, was eine Kostenreduktion im Baubewilligungsverfahren ergibt, so dass man nicht mehr so viele externe Fachfirmen einsetzen muss. Dazu kommen Kosteneinsparungen durch Eigenleistungen bei der Projektarbeit, beziehungsweise eine Reduktion der Bauherrenvertretungen.
Bei der Zentralverwaltung ist eine Reduktion von 5% durch die Einführung des HRM II, dazu heute Abend noch mehr. Sicherheit wäre neu auch die Friedhofsverwaltung und die Stadtkanzlei 10%, die Betreuung vom Einwohnerrat und der Personaldienst, welchen man neu hat, und eben auch die Informatik, welche auch zur Stadtkanzlei gehört.
Der Nachweis, dass die Schaffung der neuen Stelle des Immobilienbewirtschafters notwendig ist, erachtet der Stadtrat als erbracht und dankt dem Einwohnerrat für die Zustimmung.
Wie sich der neue Stellenplan 2017 gestaltet, ist auf Seite 7 zu sehen. Im strategischen Stellenplan 2017 vermerkt ist das Stadtpräsidium mit 50%, Angestellte ab Lohnklasse 21 600% und Verwaltungs- und Betriebspersonal fehlen noch 80 Stellenprozente von der Spitex, welche vergessen wurde, also 7’165%. Das gibt also zum Schluss im Zusammenzug der operativen Stellen welche man sieht, Frau Eimer verzichtet darauf, alles abzulesen, vermerkt aber, dass es bei der Spitex statt 520 600% wären, dem hat der Einwohnerrat vor einem halben Jahr zugestimmt. Somit gäbe es im Total dann 7'100 und im Gesamttotal 2017 7’165%. Frau Eimer bittet im Namen des Stadtrates um Entschuldigung, dass die Änderung bei der Spitex nicht nachgetragen wurden. Sie führt dies gerade als Beweis auf, dass diese Stellen gebraucht werden.
Dem Einwohnerrat werden folgende Anträge zur Beschlussfassung unterbreitet, welche Herr Spescha nachher ablesen wird. Frau Eimer dankt dem Einwohnerrat schon im Voraus für eine Zustimmung der Anträge und erklärt, dass sie gerne bereit sind, die Fragen des Einwohnerrates zu beantworten.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Frau Eimer für ihre Ausführungen und leitet zum Eintreten über.

<u>Eintreten</u>

Rolf Oster, SP begrüsst die Anwesenden. Er erklärt, dass sich die SP Fraktion eingehend mit dem Stellenplan auseinandergesetzt und diesen diskutiert. Grundsätzlich findet die SP Fraktion die Aufteilung in strategische und operative Stellen gut. Auch der Beweggrund, dass man so in der Anstellung flexibler ist und dass man da nicht im Korsett drin ist, findet die SP sehr gut. Dazu ist nicht mehr zu sagen. Grundsätzlich ist es so, dass die Aufnahme von Verwaltungspolizei, Ludothek, Bibliothek und Schulleitung in den Stellenplan gut ist, man hat das in der Kommission zwar nicht gemerkt, aber es ist gut so, dass der Stadtrat auch hier transparent ist und den Einwohnerrat darüber informiert. Darum kann hier nichts gesagt werden. Bei der Verwaltungspolizei weiss man eigentlich, dass das immer im Stundenbereich gearbeitet worden ist und darum ist es sehr wichtig, auch da die Prozentzahlen richtig einzuordnen. Da wär einfach eine Bitte von Seiten der Fraktion, dass der Stadtrat den

Einwohnerrat informiert, wie die Situation schlussendlich ist. Im Bereich der Bibliothek und Ludothek geht es um genau das Gleiche. Zum Thema der Schulleitung ist noch zu sagen, dass es grundsätzlich von den Finanzen her sehr interessant ist, dass die Schulleitung nicht mehr kostet. Herr Oster macht aber darauf aufmerksam, dass nachher diese Schulleitung zwischen 50 und 70 Leute führen muss. Das ist manchmal schwierig, dass das auch richtig funktioniert. Da kann sich Herr Oster gut vorstellen, dass der Schulleiter oder die Schulleiterin wie heute, davon sehr beansprucht wird. Er wagt hier eine Hochrechnung: Die Schulleiterin müsste eigentlich nur die Bewertung der Lehrpersonen vornehmen. Nun ist es ein Problem, dass man nun einfach hat, dass man so viele Lehrpersonen und zwei Schulhäuser hat, was in der zukünftigen Schulorganisation vielleicht noch ein wenig schwieriger wird. Sonst findet es die SP Fraktion grundsätzlich gut.
Dann kommt Herr Oster zum Thema Immobilienbewirtschafter. Die SP Fraktion findet es wichtig, dass das nun ein wenig konzentriert wird. Es sind etwa 110 Mio. CHF, welche Stein am Rhein an Immobilienwert besitzt und das sollte auch erhalten bleiben, sonst muss man irgendwann Buchkorrekturen machen und am Schluss sind die Immobilien nicht mehr so viel wert. Das hat dann schlussendlich auch wieder Einfluss auf die Finanzen oder die Verwaltungsberichte. Darum ist eigentlich daher nichts zu sagen. Es ist Herr Oster wichtig, dass es die Stelle des Immobilienverwalters gibt. Was die Fraktion aber grundsätzlich ein wenig schwierig findet, ist dass man nun eigentlich indirekt der Bauverwaltung nochmals 40 Stellenprozente zuspricht. Man hat schon vor etwa eineinhalb Jahren versucht, zwei Stellen zu machen und hat dann befunden, dass eine Stelle eigentlich ausreicht. Darum wird da ein Antrag kommen, dass eine 100% Stelle dieser 875% befristet sein werden, so dass man das eigentlich immer wieder überprüfen könnte.
Das sind die Anmerkungen der SP Fraktion zu diesem Thema. Herr Oster merkt aber an, dass es vielleicht bei der Detailbesprechung noch Anmerkungen von der ganzen Fraktion gibt. Herr Oster dankt für die Aufmerksamkeit.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich für das Eintreten der SP Fraktion und gibt der bürgerlichen Fraktion das Wort.

Werner Käser, FDP führt aus:
Die bürgerliche Fraktion hat den vorgeschlagenen Stellenplan und die neu vorgeschlagenen Zuständigkeiten [und deren Genehmigungen] (Änderung B.S.) kontrovers beraten.
Bei der Neufestsetzung der Zuständigkeiten schien uns auf den ersten Blick störend, dass der Einwohnerrat zukünftig bei den niedrigeren Lohnklassen nur noch die Gesamtzahl der Stellen zu genehmigen hat, somit Kompetenzen verliert. Nach eingehender Diskussion haben wir dann aber der Argumentation Gehör geschenkt, das der Stadtrat damit grössere Flexibilität bei der Aufteilung der Arbeit erhält. Damit können – so hoffen wir – Synergien genutzt und letztlich mit den vorhandenen Mitteln der Einsatz der Kräfte optimiert werden.
Der zweite Antrag ist für uns nachvollziehbar. Es ist korrekt, dass der Stellenplan die Realität abbilden soll. Unschön ist höchstens, dass solche Teilzeitstellen im Nachhinein statt voraus sanktioniert werden. – Die Verschiebung bei der Schulleitung mit Schaffung einer Vollstelle für beide Stufen bei gleichzeitiger Entlastung durch ein Sekretariat ist sinnvoll.
Auch der dritte Punkt des Antrags wurde kritisch hinterfragt: Die Neubesetzung eines Immobilienbewirtschafters und damit eine Anpassung des Stellenplans nach oben. Die Bauverwaltung ist in den letzten Jahren kontinuierlich verstärkt worden. Braucht es jetzt

noch eine zusätzliche Immobilienfachperson?, fragten wir uns. Die Begründung des Baureferenten überzeugte uns schliesslich doch, dass eine professionelle Bewirtschaftung unserer vielen Immobilien [wenn ich das letzte Traktandum noch richtig im Kopf habe sind es 89 Immobilien] (Änderung B.S.), und das aus einer Hand, längerfristig Geld spart und die Qualität der Liegenschaftsverwaltung verbessert.

Die bürgerliche Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage.
(Zitat W. Käser)

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich auch bei Herr Käser für das Eintreten der bürgerlichen Fraktion und fragt na weiteren Wortmeldungen. Da keine weiteren Wortmeldungen gewünscht sind, erklärt Herr Spescha das Eintreten für unbestritten.

Detailberatung
S. 2
René Schäffeler, FDP macht ein paar kleine Anmerkungen: Positiv ist sicher, dass der Stellenplan in der neuen Struktur jährlich genehmigt werden soll und nicht wie früher alle vier Jahre. Die Legislaturperiode macht hier wenig Sinn. Mit dieser Aufteilung ist Herr Schäffeler grundsätzlich einverstanden. Es steht im Text auch, dass die Geschäftsprüfungskommission ein Einsichtsrecht hat. Herr Schäffeler möchte, dass festgehalten wird, dass die Geschäftsprüfungskommission das Recht hat, den Stellenplan zu prüfen und Anträge zu stellen, wenn sie mit etwas nicht einverstanden ist. Was ein wenig störend ist und was auch nicht das erste Mal vorkommt – in der letzten Sitzung war das auch schon so – der Einwohnerrat bekommt eine Version des Antrags und diskutiert diesen in den Fraktionen und kurz vor der eigentlichen Sitzung kommt nochmals eine zweite Version, in der Sitzung selbst werden wieder Zahlen korrigiert und das sollte wirklich nicht sein. Es ist auch für den Einwohnerrat sehr unangenehm, sich darauf vorzubereiten. Zum Beispiel wünscht Herr Schäffeler eine kurze Erklärung vom Stadtrat, warum man jetzt plötzlich von der Lohnklasse 21 spricht? In der Fraktionssitzung wurde den Räten gesagt, es handle sich um Lohnklasse 18? Es wurde auch ausgeführt, wie das Lohnniveau ist auf dieser Lohnklasse und das wurde als eine vernünftige Grösse befunden als Grenze zwischen den strategischen und operativen Stellen. Nun ist diese Lohnklasse auf 21 angehoben worden. Da hätte Herr Schäffeler gerne eine Auskunft, warum das nachträglich noch korrigiert wurde.

Ernst Bühler, Stadtschreiber gibt Herr Schäffeler Recht. Der Stadtrat hat es im Jahr 2016 nie geschafft, eine Einwohnerratssitzung ausreichend vorzubereiten. Das ist ein Stück weit auch aus dem momentanen Arbeitsklima heraus entstanden, welches im Moment im Rathaus herrscht und das ist nun ebenso eine Konsequenz daraus.
Als Herr Bühler den Vorschlag bei der SP Fraktion vorgestellt hat, wurde hinterfragt, ob es die richtige Entscheidung ist, mit der Lohnklasse 20 zu arbeiten. Da wurde das dann so beschlossen, auch im Stadtrat. Man sieht auch im ersten Dokument den Verlauf der Diskussion. Es wurde über die Lohnklassen 17, 18 und 20 diskutiert. Im Stadtrat hat man sich dann schlussendlich für die Lohnklassen bis und mit 20 entschieden. Das bedeutet, dass der Einwohnerrat ab Lohnklasse 21 zuständig ist. In der letzten Fassung wurde das nun so korrigiert und darüber darf auch diskutiert werden und das soll man auch. Diese Abgrenzung sollte eine vernünftige Grösse sein. Ab Lohnklasse 21 befinden alle Bereichsleiter und von Lohnklasse 20 nach unten gibt es ein grosses Loch. Es gibt vielleicht noch zwei drei Fachspezialisten, beispielweise im Altersheim, welche in den Lohnklassen 18-20 sind, danach kommt aber ein grosses Loch bis runter

zu den Lohnklassen um 13 oder 11.
Das liegt zum Teil an der flachen Hierarchie, die man in der Stadtverwaltung hat. Es hat nicht nur Bereichsleiter, sondern auch Abteilungsleiter und viele mehr und darum ist es da auch eine grosse Menge, die in diesen Lohnklassen zusammengefasst werden und wo man auch darauf angewiesen ist, dass man diese auch entsprechend einsetzen kann.
Der Stadtrat erachtet die Lohnklasse 21 als sinnvoll, weil eben da auch die Organisation der Verwaltung beginnt und sich Strukturen ändern können. Also wird hier auch ein Zeichen gesetzt um zu zeigen, dass das die wichtigen Stellen sind, welche natürlich auch den Steuerzahler viel kosten. Wichtig ist auch, dass man in den unteren Klassen die nötige Flexibilität hat.

Arthur Cantieni, SP begrüsst die Anwesenden. Mit dem ersten Teil des Antrages hat Herr Cantieni Mühe, aus den ähnlichen Gründen wie sie auch Herr Schäffeler erwähnt hat. Es wird immer von Lohnklassen gesprochen, was es aber frankenmässig ausmacht wird nicht erwähnt. Herr Cantieni ist der Meinung, dass eine Aufteilung bei Lohnklasse 20 die Kompetenz des Einwohnerrates schon sehr einschränkt. Die Lohnklasse 20 geht über 100'000.- Fr. hinaus, das muss man sich einfach bewusst sein. Wenn man nun den Immobilienbewirtschafter betrachtet, dann wird es so sein, dass der Einwohnerrat zur Einstellung des Immobilienbewirtschafters nichts mehr zu sagen hat. Im Moment hat der Einwohnerrat noch etwas zu sagen, später nicht mehr. Herr Cantieni gibt zu bedenken, was denn ein Einsichtsrecht überhaupt bringen soll. Man kann etwas einsehen, aber laut Antrag nimmt dann der Einwohnerrat nur Kenntnis. Er kann keinen Einfluss mehr nehmen, sollte der Stadtrat in dem Sinne überborden. Herr Cantieni wird dem Antrag 1 nicht zustimmen können, ausser man würde darüber diskutieren, den Ansatz für die Lohnklassen tiefer zu setzen, so dass der Einwohnerrat trotzdem noch mehr Einflussmöglichkeiten hat.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich für das Votum von Herr Cantieni und fährt mit der Detailberatung fort.

Ernst Bühler, Stadtschreiber bemerkt, dass er gerne auf das Votum von Herr Cantieni eingehen will. Man spricht immer davon, dass der Stadtrat überborden will. Das kann aber auch in die andere Richtung gehen. Man hat bis jetzt immer 70% nicht besetzt gehabt, man hat über eine Stellenplanerhöhung in der Spitex diskutiert, nun noch in der Kindertagesstätte. Diese 70% waren vier Jahre unbesetzt. Dies einfach als Zeichen dafür, dass man diese Flexibilität auch positiv einsetzen kann und dass dann nicht um eine Stellenplanerhöhung diskutiert wird, wenn noch Stellenprozente offen sind. Weder die GPK noch sonst wer hat das festgestellt oder hat den Stadtrat aufgefordert, dass doch diese Stellenprozente genutzt werden sollen. Herr Bühler ist der Meinung, dass das auch zeigt, dass es nötig ist, dass der Stadtrat die Personen so einsetzen kann, wie sie gebraucht werden.
Dass die Lohnklasse 21 einen Lohn von etwa 100'000.- Fr. beinhaltet, ist so. Herr Bühler ist der Meinung, dass es sogar ein bisschen mehr als 100'000.- Fr. sind. Er ist aber auch der Meinung, dass man diese Trennung auch positiv betrachten kann. Der Stadtrat kann hier nämlich durchaus auch unter den Stellenplan gehen, was schlussendlich auch die Bestrebungen sind. Sonst müsste man konsequenterweise Stellenplanreduktionen auch beantragen, da dies ja schlussendlich auch Veränderungen sind. Veränderungen gehen auch gegen unten, nicht nur gegen oben. Da müsste man dann strikt sein und dann darlegen, dass man auch in die andere Richtung arbeitet. Die 40% Stellenreserven sind bereits weg, 20% des Stellenplans

waren nicht ausgeschöpft von einem Mitarbeiter, welcher nur 80% gearbeitet hat. das ist alles irgendwo bereits passiert, aber es wird nicht recht registriert. Herr Bühler ist der Meinung, dass der Beweis dargelegt wurde, dass der Stadtrat auch in die andere Richtung arbeiten kann. Der Lohn des Stadtrates hängt nicht an der Anzahl Mitarbeiter, die die Stadt hat, sondern an der Aufgabe, die es zu erfüllen gilt. Das Ziel soll nicht sein, möglichst viele Mitarbeiter zu haben, sondern dass man eine eingemittete Verwaltung hat, welche die ihr gestellten Aufgaben auch entsprechend lösen kann. Es gilt auch einen gewissen Qualitätsanspruch an die geleistete Arbeit zu erfüllen. Herr Bühler hat es schon einmal erwähnt, das Soll des Stadtrates und der Stadtkanzlei gegenüber dem Einwohnerrat wurde nicht erfüllt. Das will man im kommenden Jahr massiv verbessern und dass auch die Bevölkerung schlussendlich einen Qualitätsanspruch an die Stadt hat, muss das alles wirklich gut organisiert sein. Und im Moment ist es wirklich so, dass mehr Stellen gebraucht werden. Es kann nicht alles einfach über Nacht optimiert werden. Dies ist ein Prozess, welcher nun in den nächsten 2, 3, 4, 5 Jahren läuft und es müssen noch einige Grundlagen aufgebaut werden. Es fehlt im Moment an vielem. Man kann hier auch wieder auf die Liegenschaften zu sprechen kommen. Diese 89 Liegenschaften sind noch nicht lange bekannt. Die beispielsweise der Untertorturm belegt ist, weiss man nicht. Also ist noch vieles aufzuarbeiten. Man hat nun auch die entsprechenden Fachapplikationen, welche gebraucht werden, weil man auch in dieser Hinsicht ein Manko hat. Wenn man EDV-mässig besser gerüstet ist, kann man vieles auffangen und vieles auch besser machen, dann kann es auch sein, dass man schlussendlich im Bau mit dem Personalbestand herunterfahren kann, dies wird auch bei jeder Vakanz eingehend und situationsbedingt geprüft, ob man diese Aufgaben auch neu organisieren oder neu verteilen kann. Dies ist eine Daueraufgabe, welche die Stadt hat, und diese Verantwortung wird auch wahrgenommen. Darum will Herr Bühler auch Herr Cantieni ausrichten, dass e auch auf die andere Seite gehen kann, was auch nicht zum Schaden von Stein am Rhein wäre.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei her Bühler für seine Ausführungen und fragt nach weiteren Voten.

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin will ebenfalls noch auf zwei Punkte antworten. Zum einen hat ja die GPK ein Einsichtsrecht. Wie René Schäffeler schon gesagt hat, kann die GPK jederzeit in alle Geschäfte Einsicht haben. Die Stadt hat hier nichts zu verbergen.
Zum anderen kommt auch Frau Eimer nochmals auf die Lohnklassen zu sprechen. Es ist so, dass ab Lohnklasse 20 wirklich Kaderpositionen sind, über welche ja der Einwohnerrat dann befindet. So hat man auch für alle anderen Mitarbeitenden diese Flexibilität hat, welche auch gebraucht wird, dass man eine gute Verwaltung führen kann.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich und gibt Herr Cantieni nochmals das Wort.

Arthur Cantieni, SP erwidert, dass er es sich schon gewohnt ist, dass man mit seinen Voten nicht immer zufrieden ist, aber auf das, was Herr Cantieni in seinem Votum aufgeführt hat, hat er eine Antwort bekommen. er unterstützt das alles, was gesagt wurde. Was er gemeint hat ist, dass der Einwohnerrat in seinem Einfluss durch diese Trennung bei der Lohnklasse 21 sehr stark eingeschränkt wird, mehr hat Herr Cantieni zu diesem Thema nicht gesagt.
Es geht ihm nur darum, darauf aufmerksam zu machen, dass der Einwohnerrat auf den

ganzen Prozess einen eingeschränkten Einfluss hat. Wenn man den Antrag genau durchliest, dann heisst es: *„... des Operativen Stellenplans durch den Stadtrat wird zustimmend zur Kenntnis genommen." (Zitat Vorlage Stellenplan)*
Das heisst also, dass, wenn der Stadtrat den Stellenplan vorlegt, muss der Einwohnerrat zustimmen. Man hat also gar keinen Einfluss mehr. Auch die GPK kann hier nichts mehr machen. Auf das wollte Herr Cantieni mit seinem Votum aufmerksam machen. Alles andere ist richtig so. Herr Cantieni wird auch dem Immobilienbewirtschafter zustimmen, aber es stört ihn, dass der Einwohnerrat in seinen Kompetenzen derart eingeschränkt wird.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Herr Cantieni und fragt nach weiteren Wortmeldungen zur Seite 3 in der Detailberatung?

Christian Flück, Pro Stein begrüsst die Anwesenden und muss Herr Cantieni Recht geben. Ihn würde interessieren, ob man diese Lohnklassen quantifizieren kann. Kann man quantifizieren, was Lohnklasse 18, 19 usw. ist? Das wäre sehr nützlich und sinnvoll als Entscheidungsgrundlage.

Ulrich Böhni, Bildungsreferent führt die entsprechenden Lohnklassen aus, jeweils auf tausend Franken gerundet:
Lohnklasse 17: Fr. 79'000.- bis 111'000.-
Lohnklasse 18: Fr. 83'000.- bis 117'000.-
Lohnklasse 19: Fr. 88'000.- bis 123'000.-
Lohnklasse 20: Fr. 93'000.- bis 130'000.-
Lohnklasse 21: Fr. 98'000.- bis 137'000.-
Lohnklasse 22: Fr. 103'000.- bis 144'000.-
Lohnklasse 23: Fr. 108'000.- bis 152'000.-

Gian Luca Marchetto, SVP geht es hierbei ähnlich wie Herr Cantieni. Er ist froh, hat Herr Cantieni dieses Thema zu Sprache gebracht. Auch Herr Marchetto hat bei der ersten Version dieser Vorlage, die der Einwohnerrat erhalten hat, sofort bemerkt, dass hier eine Kernkompetenz des Einwohnerrates weggenommen wird. Die revidierte, neue Version, die man daraufhin erhalten hat, wurde, wie es Herr Käser schon gesagt hat, in der Fraktionssitzung kontrovers diskutiert und Herr Marchetto ist hier schon überrascht, dass man nun plötzlich über einer anderen Lohnklasse, als dass damals an der Fraktionssitzung diskutiert wurde, diskutiert, nämlich nun plötzlich mit dieser Lohnklasse 20/21. Herr Marchetto hat durchaus Sympathie zu dem. Die Frage ist nun, ob Herr Cantieni diesbezüglich noch einen Antrag stellen will. Aber ihn macht das Ganze nun doch ein bisschen unsicher.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich für das Votum von Herr Marchetto und fragt nach weiteren Wortmeldungen?

<u>S. 7</u>
René Schäffeler, FDP erwähnt nochmals, dass er ja grundsätzlich mit dieser Aufteilung in einen operativen und einen strategischen Stellenplan einverstanden ist. Voraussetzung hierbei ist natürlich, dass der operative Stellenplan mit dem Antrag jeweils jedes Jahr offengelegt wird. Dies ist nun hier erfolgt. Was nun in dieser Version jedoch fehlt ist, dass man die Kaderstellen nicht mehr sieht. Man muss nun selbst suchen, wer in welchen Bereichen ist. Dies ist ein Anliegen des Einwohnerrates, dass auch die Kaderstellen wieder offengelegt und sauber aufgeführt werden.

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin bestätigt, dass das aufgenommen wird.

Arthur Cantieni, SP stellt in diesem Zusammenhang den Antrag, dass man die Lohnklassen von 20 auf die ursprüngliche Version von 18 heruntersetzt. So dass der Einwohnerrat ab 19 dazu Stellung nehmen kann.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident fragt nach, ob es sich dabei um eine Änderung zu S. 7, oben handelt, so dass da anstatt „ab Lohnklasse 21“ „ab Lohnklasse 18“ stehen soll, wie im ursprünglichen Antrag. Dazu kommt ein Änderungsantrag zu Antrag drei, wo anstatt Lohnklasse 21 Lohnklasse 18 stehen soll.

Die Anwesenden stimmen dem zu.

René Schäffeler, FDP erklärt genauer, dass, wenn die Zahlen des ersten Antrages stimmen, sieht es folgendermassen aus, dass ab Lohnklasse 18 800 Stellenprozente genannt wurden. So könnte man diese Zahlen auch in den Änderungsantrag von Herr Cantieni mit reinnehmen, so wie sie in der ursprünglichen Version waren.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bemerkt, dass man dann bei den Anträgen nochmals darauf zu sprechen kommen wird.

Rolf Oster, SP stellt ebenfalls einen Antrag im Zusammenhang mit dem Immobilienbewirtschafter. Er würde gerne einen Antrag stellen, dass die zusätzliche 100% Stelle, welche zusätzlich in die Bauverwaltung kommt, dass diese befristet sein soll, bis wieder eine personelle Änderung in der Bauverwaltung stattfindet. Die Stelle des Immobilienverwalters ist gut, aber der Wert 100%, welcher nun der Bauverwaltung zugeschlagen werden, dass die nun irgendwie bei der Ausscheidung eines Mitarbeiters oder so wieder überprüft werden.

Peter Spescha, Einwohnerrat bemerkt, dass man bei der Abstimmung nochmals darauf zurückkommen wird.

Christian Flück, Pro Stein hat eine Frage zurück an Herr Oster: Wurde auch überlegt, wie man eine entsprechende Stellenausschreibung gestalten sollte? Eine Befristung der Stelle muss in der Ausschreibung ja vermerkt werden.

Rolf Oster, SP bemerkt, dass er die Frage von Herr Flück versteht. Die steht vermutlich im Zusammenhang damit, dass Herr Oster den Antrag ein wenig komisch formuliert hat. Den Immobilienverwalter sieht Herr Oster nicht als befristet, diese Stelle ist sehr wichtig, das wurde auch in der Fraktion beschlossen, dass der zu 100% umgesetzt werden soll. Es ist auch wichtig, dass diese Stelle zusätzlich geschaffen wird. Nun gibt es aber die Situation, dass nun eigentlich eine 40% Stelle entsteht, welche zusätzlich der Bauverwaltung zugeschlagen wird. Da würde man einfach gern einen Riegel vorschieben, dass, wenn es einen Abgang im Bau gibt, diese Stelle befristet wird. Darum geht es. Dass man somit eine Neubeurteilung der neuen Situation machen würde, wenn ein Abgang da ist, weil man ja immer wieder Situationen mit Baugesuchen usw. hat, dass das richtig geprüft wird.

Christian Flück, Pro Stein bemerkt, dass dies den Gesamtstellenpool betrifft.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident erklärt, dass ihm der entsprechende Antrag vorliegt und er diesen nachher noch verlesen wird.

Werner Käser, FDP entgegnet, geltend für alle Ressorts, nicht nur das Baureferat, dass man mit dem Budget die Möglichkeit hat, Einfluss auf den Stellenplan zu nehmen. Er ist der Meinung, dass dies reichen sollte. Es sollte nicht so sein, dass nun eine spezielle Stelle oder ein Ressort anders behandelt wird als die anderen. Über das Budget kann man ja diese Stellen, die gut bezahlten Stellen einzeln, beziehungsweise alle anderen gesamthaft beeinflussen.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich für die Meldung.

Ernst Bühler, Stadtschreiber erklärt, dass man sich vom Gedanken loslösen sollte, dass es sich um das „Bauamt“ handelt und dort angesiedelt ist. Die Aufgaben bleiben. Das Baugesuch 1 hat 17 Positionen und der ganze Arbeitsablauf ist immer ein riesen Prozess, der dahinter steckt. Das wurde alles verrechtlicht und das fordert mittlerweile einfach viel mehr. Man könnte das Ganze auch bei den Finanzen ansiedeln. Herr Bühler ist sich nicht sicher, ob die Diskussion dann gleich gelaufen wäre. Darum will er hier schon beliebt machen, dass man sich von diesem Gedanken „Es gehört zum Bauamt“ lösen soll und die Aufgaben betrachtet, die dadurch gelöst werden sollen. Sollte man den Eindruck haben, das Bauamt und das Bausekretariat sei heute schon überbesetzt, widerspricht Herr Bühler auch hier, weil auch vom Tiefbau verschiedene administrative Aufgaben ans Bauamt überlagert werden, es ist nicht so, dass man plötzlich nichts mehr zu tun hat. Dazu wurde auch die Stelle des Amtsleiters anders besetzt. Es gibt nicht mehr nur jemanden in einer höheren Lohnklasse, sondern es wurde ein Teamleiter eingestellt, wodurch die Lohnkosten wieder gesenkt werden konnten. Ziel ist es schon, dass man auch im Tiefbaubereich nicht immer gleich einen Ingenieur einstellen oder einen Bauherrenvertreter stellen muss, sondern auch hier vieles selbst machen und dadurch auch sparen kann. Dementsprechend sind die Leute da alle gut ausgelastet.

René Schäffeler, FDP hat noch eine Anmerkung zu den Anträgen: Er geht davon aus, dass der Stadtrat die Anträge so stellen will, wie sie auch im Dokument, dass die Einwohnerräte per Mail erhalten haben, vermerkt ist. Wie gesagt wurde, soll die 100% Stelle im Bau unbefristet bleiben, dennoch steht, dass von allen Prozenten in der Bauverwaltung 100% befristet sind. Wenn man diesen Satz nun so nimmt, müsste man also eigentlich rein theoretisch einem Mitarbeiter der Bauverwaltung mitteilen, dass sein Arbeitsplatz nun befristet ist. Dies nur zum Wording, wie das formuliert wurde. Diese 100% sind ja auch zu überprüfen, neu zu beurteilen und durch den Einwohnerrat zu genehmigen. Das heisst, wenn ein ungeplanter Abgang stattfindet und man eigentlich eine Nachfolge finden müsste, aber nicht gerade eine Einwohnerratssitzung stattfindet, da gerade Sommerpause ist, muss man bis zur nächsten Einwohnerratssitzung warten, bis man einen Antrag stellen kann. Das ist nicht sachgerecht. Zudem will man ja grundsätzlich die Arbeit aufteilen in strategische und operative Stellen, dies ist sinnvoll, da es auch mit einer gewissen Flexibilisierung auf der operativen Ebene zusammenhängt. Hier fangen wir nun wieder an, über Prozentzahlen in einer bestimmen Abteilung zu diskutieren, man befristet bestimmte Teile, das beisst sich. Entweder gibt man eine gewisse Flexibilität dem Stadtrat, bestimmen über eine Gesamtzahl, diese kann, wie Herr Käser schon erwähnt hat, auch neu festgelegt werden. Oder man bleibt beim alten System, welches man bis anhin gehabt hat. Aber so eine Mischform ist nicht zielführend und bringt nichts.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Herr Schäffeler für sein Votum und fragt nach weiteren Wortmeldungen zu Seite 7.

Karin Sigrist, Finanzreferentin dankt Herr Schäffeler für sein Votum. Sie ist sehr froh um dieses Votum. Der Immobilienberater ist dringend nötig. Sie hätte in diesem Prozess sonst nicht einfach mitgemacht. Es geht hier um viel Geld, das man ausgibt, was das Budget jährlich belastet. Aber die Stadt braucht diese Stelle. Es ist aber auch so, dass man in der Anfangsphase das Portfolio von allen Liegenschaften erarbeiten muss. Das ist sehr aufwändig, bis man das hat. Frau Sigrist nimmt an, dass das ein Prozess von fünf Jahren sein wird, bis diese Liegenschaften gut bewirtschaftet werden. Im Moment liegt das brach. Das muss wirklich von Null aufgebaut werden. Man hat nicht einmal eine entsprechende Software oder etwas.
Das andere ist, dass wenn es sich herausstellt, was auch schon so besprochen wurde, dass, wenn die Arbeit in fünf Jahren weniger wird, der Stadtrat sich auch hinterfragen wird, ob es nun noch eine 100% Stelle ist oder nicht. Vielleicht bekommt der Immobilienbewirtschafter dann auch noch andere Aufgaben, aber es ist auf jeden Fall nicht das Ziel, dass diese Aufbauphase in alle Ewigkeiten Bestand haben wird.

Rolf Oster, SP kann gewisse Punkte gut nachvollziehen. Er hat vorhin der Diskussion aufmerksam zugehört, vor allem auch das Thema des Aufbaus usw. Ein weiterer Punkt ist es, dass wahrscheinlich auch die Stellenausschreibung schwierig sein wird, da sie eigentlich befristet sein müsste, wobei solche Sachen jedoch auch schon gemacht wurden. Auf der anderen Seite, wenn man so dem Stadtrat und explizit Frau Sigrist, zuhört, muss man sich eingestehen, dass der Stadtrat Verantwortung übernimmt. Daher hofft Herr Oster, dass dies auch unbefristet funktionieren kann, so dass der Stadtrat oder auch der zukünftige Einwohnerrat seine Aufgabe wie erklärt wahrnehmen wird. In dem Sinne will Herr Oster seinen Antrag zurückziehen.

<u>S. 6</u>
Cornelia Dean, SP bemerkt, dass man auf Seite 6 auch sehen kann, dass der Bau mit den 50% ja eigentlich auch externe Einsätze selber übernehmen könnte. Das sollte sich dann ja auch in den Zahlen auswirken, die im Budget vermerkt sind. Man sollte sehen, dass die Ausgaben für externe Arbeitskräfte kleiner werden. Da sollte man auch eine Reduktion sehen, wenn die 50% dafür eingesetzt werden können.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Frau Dean für Ihr Votum. Da keine weiteren Wortmeldungen mehr gewünscht sind, verliest Herr Spescha die Anträge. Der Stadtrat stellt dem Einwohnerrat drei Anträge. Herr Spescha wird diese Anträge einzeln verlesen und es wird einzeln darüber abgestimmt werden:

1. *Die jährliche Genehmigung*
a) *des Strategischen Gesamtstellenplans durch den Einwohnerrat als Bestandteil des Voranschlags und*
b) *des Operativen Stellenplans durch den Stadtrat wird zustimmend zur Kenntnis genommen. (Zitat Antrag des Stadtrates)*

Arthur Cantieni, SP erhebt den Einwand, dass er den Antrag gestellt hat, dass die Lohnklasse auf 18 gesenkt werden sollen.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bemerkt, dass das zu Antrag drei gehört.

Arthur Cantieni, SP bedankt sich für den Hinweis und entschuldigt sich für die Unterbrechung.

Ernst Bühler, Stadtschreiber bemerkt, dass der Antrag von Herr Cantieni trotzdem zu Antrag eins gehört und man da vermerkt, dass der strategische Gesamtstellenplan ab Lohnklasse 18 gelte und der operative Stellenplan bis und mit Lohnklasse 17 geltend sei.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich für den Hinweis und verliest den geänderten Antrag:

1. Die jährliche Genehmigung
   a) des Strategischen Gesamtstellenplans ab Lohnklasse 18 durch den Einwohnerrat als Bestandteil des Voranschlags und
   b) des Operativen Stellenplans durch den Stadtrat bis und mit Lohnklasse 17 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Herr Spescha fragt nach, ob das so stimme?

René Schäffeler, FDP bemerkt, dass es in diesem Antrag noch nicht um die Lohnklassen geht, sondern um die Aufteilung in einen strategischen und einen operativen Stellenplan. Die Lohnklassen gehören noch nicht in diesen Antrag, sondern in den Antrag drei. Sonst gibt es ein Durcheinander.

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin stimmt zu und ergänzt, dass man „zur Kenntnis genommen“ durch „genehmigen“ ersetzen soll.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident fragt nach weiteren Änderungsvorschlägen. Da dies nicht der Fall ist, verliest er die Anträge des Stadtrates vor:

Dem Einwohnerrat werden folgende Anträge zur Beschlussfassung unterbreitet:

1. Die jährliche Genehmigung
   a) des Strategischen Gesamtstellenplans durch den Einwohnerrat als Bestandteil des Voranschlags und
   b) des Operativen Stellenplans durch den Stadtrat wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
   (Zitat Antrag des Stadtrates)

Gian Luca Marchetto wird als Ersatz-Stimmenzähler für die bürgerliche Fraktion bestimmt, da Herr Ochsner krank ist.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Da der Antrag von Herr Oster zurückgezogen wurde, verliest Herr Spescha den Antrag des Stadtrates wie er gedruckt wurde:

2. Folgenden Nachträgen des Stellenplans bzw. die Schaffung folgender neuen Stelle wird zugestimmt:

a) Stellenplanerhöhung Schulsekretariat, netto	*25%*
b) Nachträge Verwaltungspolizei/Bibliothek/Ludothek	*80%*
c) Neue Stelle des Immobilienbetreuers	*100%*
Total	*205%*

(Zitat Antrag des Stadtrates)

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Hier existiert ein Antrag des Stadtrates, sowie ein Antrag von Herr Cantieni.
Die beiden Anträge werden einander gegenüber gestellt. Herr Spescha verliest zuerst den Antrag des Stadtrates:

3. Der Strategische Gesamtstellenplan und der operative Stellenplan 2017 mit einem Stellentotal von 7‘815 Stellenprozenten, die sich wie folgt zusammensetzen:

• Stadtpräsidium	50%
• Angestellte ab Lohnklasse 21	600%
• Verwaltungs- und Betriebspersonal	7‘165%
Total	7‘815%

werden genehmigt. Dieser Stellenplan ersetzt denjenigen vom 14. Dezember 2012 mit Änderungen.

Antrag Arthur Cantieni:

3. Der Strategische Gesamtstellenplan und der operative Stellenplan 2017 mit einem Stellentotal von 7‘735 Stellenprozenten, die sich wie folgt zusammensetzen:

• Stadtpräsidium	50%
• Angestellte ab Lohnklasse 18	800%
• Verwaltungs- und Betriebspersonal	6’965%
Total	7‘815%

werden genehmigt. Dieser Stellenplan ersetzt denjenigen vom 14. Dezember 2012 mit Änderungen.

Der Antrag von Herr Cantieni wurde mit 11 Stimmen zu einer Stimme anstatt des Antrags des Stadtrates angenommen.

Herr Spescha dankt für die Unterstützung.

René Schäffeler, FDP bemerkt, dass nun davon ausgegangen wird, dass das mit dieser Lohnklasse 18 nicht nur eine einmalige Sache gewesen ist, sondern dass das auch im Original Stellenplan so abgebildet wird für die Zukunft.

Jörg Derrer, SP macht darauf aufmerksam, dass Zahlen im Schlussbericht nachgetragen werden sollen, da es sonst zu viel Chaos gibt.

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin bestätigt dies.

Mitteilung an
mit Protokollauszug:
- Einwohnerrat, Peter Spescha, Im Riet 19, 8260 Stein am Rhein
- GPK,
- Ablage Ordner Stadtkanzlei
- Ablage

Extranet:
- Einwohnerrat (Protokoll 05/16)
- Stadtrat
- Bereichsleiter

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000

FINANZEN, Stadtkasse, Voranschlag 02.25.005

4. Orientierungsvorlage Finanzplan 2016 - 2012

Karin Sigrist, Finanzreferentin begrüsst die Anwesenden und erklärt, dass sie zuerst von Budget und Finanzplan sprechen wird und danach auf die Detailzahlen zu sprechen kommt. Auf den ersten Blick wirkt beides sehr ausgeglichen und ist auch von der GPK zur Annahme empfohlen worden. Schaut man aber genauer hin, ist das nur möglich, da das Finanzvermögen im Rahmen von HRM II aufgewertet wurde. Dadurch wurde der Haushalt jährlich um eine halbe Million entlastet, weil man Abschreibungen so steuern konnte. Dies hat auch die GPK erkannt und daher dem Finanzplan nur zähneknirschend zugestimmt. Die Situation ist also nicht ganz so rosig, wie sie aussieht, aber es ist machbar. Auch dank der Jakob und Emma Windler Stiftung. Ohne die Stiftung würde das Ganze nochmals anders aussehen.
Bei den Sparbemühungen hat sich gezeigt, dass die Verwaltung bereits kostengünstig funktioniert. Es ist nicht einfach, Positionen zu streichen. Das hätte nämlich nur bedeutet, dass die Positionen aufgeschoben werden. Wenn man beispielsweise beim Riipark mit dem Rotstift kommt und einfach sagt: „Ja, wir streichen diese Position raus.“, dann kommt diese Position einfach nächstes Jahr wieder und irgendwann wird das ganze immer lausiger und es fällt immer mehr an, das dringend gemacht werden muss. Das wäre dann eher ein Aufschieben, als wirklich ein sparen. Der Stadtrat will aber wirklich sparen und nicht nur anfallende Kosten aufschieben. Darum wurden die Leistungen hinterfragt. Das ganze Jahr über wurden zusammen mit der Verwaltung Leistungsanalysen gemacht. Die ist nun aber kurzfristig noch nicht wirksam. Solche Massnahmen gehen länger. Da muss man beispielsweise die Stellen, welche ja einen grossen Teil des Budgets ausmachen, genauer betrachten. Man muss die entsprechende Leistung genauer analysieren. Ist die entsprechende Leistung nicht mehr gefordert, muss man weiter schauen, wie man es organisieren kann, dass diese Leistung verschwindet. Es stehen hinter den einzelnen Stellen ja auch immer Menschen. Dabei handelt es sich um mittelfristige Massnahmen. Die kommen nicht sofort. Aber man sieht am Finanzplan, dass es in den nächsten 3-4 Jahren beginnt, dass man jährlich eine halbe Million Schulden zurückzahlen kann, darum geht dann auch das Eigenkapital hoch. Zwischenzeitlich ist man bei knapp 30 Millionen Schulden angelangt. Bei einer halben Million Abzahlung pro Jahr geht das lange. Das ginge über 20 Jahre, bis man wieder da ist, wo man eigentlich hin will. Darum ist es auch ganz offensichtlich und wird auch im Finanzplan erwähnt, dass man über den Verkauf von Liegenschaften sprechen muss. Wie gesagt hat die Stadt ein riesiges Portfolio, wo man nun beginnt, das zu bewirtschaften. Einer der ersten Aufträge wird sein, zu evaluieren, welche Liegenschaft wo strategisch nicht nötig wäre für die Stadt. Welche Liegenschaften würde man besser gewinnbringend verkaufen, so dass es für Budget und Stadt besser ist?
Das ist kein einfacher Entscheid uns setzt voraus, dass man das Portfolio der Liegenschaften kennt und da hat die Stadt ihre Aufgaben noch nicht erledigt. Das ist noch eine grosse Arbeit, dass man in den Griff bekommen soll, wo man welche Liegenschaften wieso haben will und was man da genau haben will.
Das wäre das Votum von Frau Sigrist zum Finanzplan und dem Budget. Nun würde sie noch mehr zu den Detailzahlen des Budgets sagen, ausser es würde noch jemand etwas zum Finanzplan sagen wollen?

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident fragt nach, ob ein Votum zum Finanzplan gewünscht wird? Er fragt auch bei Frau Sigrist nach, ob sie noch weitere Bemerkungen zum Finanzplan hat.

Karin Sigrist, Finanzreferentin bemerkt, dass sie sonst keine weiteren Bemerkungen zum Finanzplan machen will. Der Rest würde sich auf das Budget beziehen.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident erklärt, dass er gerne vor dem Budget kurz Pause machen würde, daher würde er gerne zuerst den Finanzplan abschliessen.

Karin Sigrist, Finanzreferentin stimmt dem zu.

Ruedi Vetterli, parteilos macht eine kurze Anmerkung zum Verkauf der Liegenschaften. Er bemerkt, dass man mit einem Erlös aus dem Verkauf der Liegenschaften noch nicht so wahnsinnig rechnen sollte. Das wird mit heftigem Widerstand verbunden sein. Er würde mit der Planung der Verkäufe vorsichtig sein und die Erlöse noch nicht fix einplanen. Das wird nicht einfach werden.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Herr Vetterli für sein Votum.

Arthur Cantieni, SP möchte im Namen der Fraktion kurz Stellung zum Finanzplan nehmen. Die SP Fraktion nimmt im positiven Sinn Kenntnis vom Finanzplan, ohne dessen Wert zu überschätzen. So etwa im Sinne von Wilhelm Busch: „Aber hier, wenn überhaupt, kommt es anders als man glaubt.“
Der vorliegende Finanzplan ist bestimmt sicher und sorgfältig erarbeitet worden. Der Finanzplan ist vor allem ein Arbeitsinstrument des Stadtrates. Ob alles so zutreffen wird, wie es geplant ist, wird die Zukunft zeigen, auch im Hinblick auf Liegenschaften usw.
Selbstverständlich muss der Finanzplan allenfalls auch kurzfristig den Gegebenheiten angepasst werden. Die Fraktion nimmt aber positiv Kenntnis vom Finanzplan.

Karin Sigrist, Finanzreferentin erwidert auf das Votum von Herr Cantieni, dass es die grosse Herausforderung des Budgetprozesses ist, dass es Schwankungen gibt und dass man nicht weiss, wie die Parameter sind. Es ist immer offen und man weiss nicht genau, was einen erwartet. Man versucht vorauszusehen, wie es kommen könnte. Es ist ein sich annähern an eine mögliche Zukunft. Wer das ganz gut kann, der trifft genau ins Schwarze. Aber meist ist es so, dass an beim Budgetprozess schwarz malt.

René Schäffeler, FDP möchte sich zu diesem Thema auch noch äussern. Grundsätzlich ist das Vorgehen des Stadtrates positiv zu unterstützen. Es ist gut, dass Einsparungen gesucht werden und Möglichkeiten gesucht werden, die laufende Rechnung zu entlasten und auch die Fremdverschuldung zu reduzieren. Es ist allerdings noch in relativ weiter Ferne, bis man die 15 Millionen wieder erreicht. Dass man hier auch offen ist, trotz aller Schwierigkeiten, auch Liegenschaften zu verkaufen, da gibt Herr Schäffeler Herr Vetterli Recht, das wird nicht einfach. Diese Möglichkeit sollte aber im Auge behalten werden und darf kein Tabu Thema sein.
Herr Schäffeler möchte hier nochmals darauf hinweisen, dass der Finanzplan in dem Sinne positiv daher kommt, da nun jährlich eine halbe Million Abschreibungen eingespart werden durch diese einmalige Aktion der Abwertung des gesamten

Verwaltungsvermögens. Frau Sigrist hat das schon ausgeführt. Herr Schäffeler möchte das nochmals betonen, da man das bis nächstes Jahr wahrscheinlich wieder vergessen hat. Man denkt ja auch, dass man eigentlich gute Zahlen hat und fragt sich, wieso man sich eigentlich um die Finanzlage sorgt. Man entlastet ja eigentlich jede jährliche Rechnung ab nächstem Jahr um ca. ein halbe Million, da das ganze verwaltungsvermögen auf einmal ergebnisneutral abgeschrieben wurde.
Positiv findet Herr Schäffeler auch gewisse Einsparungseffekte, die wahrscheinlich noch nicht im Voranschlag 17 sichtbar werden, die aber mindestens im Finanzplan ersichtlich sind, die alle gute Voraussetzungen haben, wie beispielsweise im Feuerwehrbereich, wo man den Feuerwehrverband bald ausdehnt und so auch Kosteneinsparungen erreichen kann.
Ein Thema, dass Herr Schäffeler dem Stadtrat an dieser Stelle auch nochmals mitgeben will, ist das Thema des Besoldungsregelements und der Besoldungsordnung. Es wurde schon mehrfach, auch von Seiten der GPK, darauf hingewiesen, dass dies ein Thema ist, dass angegangen werden muss. Zurzeit befinden wir uns in der Situation einer negativen Teuerung, aber durch den automatischen stufenweisen Lohnanstieg werden Jahr für Jahr ca. 1% höhere Lohnsummen generiert, auch beispielsweise in einem negativen Teuerungsumfeld beispielsweise.
Was die Investitionen betrifft ist klar, die Strassen müssen aufgenommen werden. Dazu kommen zwei weitere grosse Brocken, welche finanziert werden müssen. Das eine ist das Rathaus, geplant auf 19/20. Das schiebt man schon eine Weile vor sich her. Das ist ganz klar und auch eine der Voraussetzungen, dass hier irgend eine Finanzierung gefunden wird, sonst ist das in dieser Finanzlage nicht machbar. Das zweite grössere Projekt ist die Sanierung der Schiffländi. Hier findet es Herr Schäffeler positiv, zwar nicht ganz im Sinne des Antrages von Herrn Cantieni, aber dass man das nicht nur auf den Steg konzentriert, sondern wirklich versucht, für die Schiffländi ein Gesamtkonzept zu erstellen. Da ist sich Herr Schäffeler auch sicher, dass eine Finanzierung des Ganzen eher realisierbar wird. Aber das wird sich in Zukunft noch zeigen.

Karin Sigrist, Finanzreferentin will hier noch kurz erweitern. Sie verweist auf das Monitoring Leitbild des Stadtrates, das an diesem Abend verteilt wurde. Wenn man da die Fortschreibung der Jahresziele 2017 betrachtet, findet man, dass bei den Finanzen steht: „Das Anstellungs- und Besoldungsreglement ist bis 2018 zu überarbeiten.“
Der Auftrag an den Stadtrat ist also gesehen worden.

Arthur Cantieni, SP bemerkt noch, dass er extra nicht Stellung genommen hat zum Projekt an der Schiffländi. Die 15'000.- Fr. sind im Budget, er wird dann da dazu noch etwas sagen.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident fragt nach weiteren Wortmeldungen zum Finanzplan. Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, schliesst Herr Spescha dieses Traktandum.

Die Einwohnerratssitzung wird für eine 15minütige Pause unterbrochen.

Mitteilung an
<u>mit Protokollauszug:</u>
- Einwohnerrat, Peter Spescha, Im Riet 19, 8260 Stein am Rhein
- GPK,
- Kanton Schaffhausen, Amt für Justiz und Gemeinden, Mühlentalstrasse 105, 8200 Schaffhausen

- Bereichsleiter Finanzen
- Ablage Ordner Stadtkanzlei
- Ablage

Extranet:
- Einwohnerrat (Protokoll 05/16)
- Stadtrat
- Bereichsleiter

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat **03.20.000**

FINANZEN, Stadtkasse, Finanzplan **02.25.020**

5. Voranschlage Budget 2017

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident hat selbst noch eine Bemerkung zum Budget zu machen. Dabei handelt es sich um den Posten 140: Feuerwehr, unter welchem auch der Gemeindebeitrag an den Feuerwehrverband Stein am Rhein / Hemishofen aufgeführt ist. Diesem Posten liegt das Budget des Feuerwehrverbandes zugrunde. Dieses Verbandsbudget muss von den Gemeinden genehmigt werden. Dieses Budget der Verbandsfeuerwehr liegt dem Einwohnerrat erst seit diesem Morgen vor. Es ist daher nicht möglich, diesen Posten zu diesem Zeitpunkt zu bearbeiten. Folglich wird man auch über den Posten 140: Feuerwehr nicht diskutieren können. Herr Spescha wird im Detail dazu noch weitere Bemerkungen machen.

Karin Sigrist, Finanzreferentin erörtert das Budget im Namen des Stadtrates und kommt zu den Detailzahlen, die sie schon beim Finanzplan angedeutet hat. Vorab liefert frau Sigrist noch eine positive Meldung: An der letzten Einwohnerratssitzung wurden die Unterflurcontainer bewilligt, was heisst, dass diese nachtragend auf die Rechnung 2016 schlagen werden und somit aus dem Budget 2017 gestrichen werden können. Daher ist das Budget um 105'000.-Fr besser als aufgezeigt. Man ist also wirklich in den schwarzen Zahlen.
Eigentlich wäre das Ziel gewesen, eine halbe Million im Budget zu sparen, damit man die Schulden abtragen kann. Das ist eigentlich gelungen, wurde aber durch die nicht beeinflussbaren Kosten wieder zunichte gemacht. Die Prämienverbilligung ist mit 200'000.- Fr. höher ausgefallen, als man zuerst gedacht hat. Die Pflegebeiträge fielen ebenfalls um 200'000.- Fr. höher aus als geplant, genau wie auch die Sozialhilfe. Das sind 600'000.- Fr., von denen man sich nicht bewusst war, dass sie noch auf einen zukommen und welche das Sparpotential der Stadt aufgebraucht haben.
Weitere Kosten hatte man auch ganz bewusst bei der Schulzusammenarbeit des oberen Kantonsteils. Da ist es einfach so, dass wenn ein Projekt vorhanden ist, sollte man es auch fertig stellen, da kann man nicht auf einem Sparziel beharren. Man war aber trotzdem dabei, zu sparen, sonst würde das Budget nochmals ganz anders aussehen. Man sieht jedoch eine Zunahme der Verschuldung, insbesondere am Bahnhof, wo nun gebaut wird, ist man bald bei 30 Millionen. Wie vorhin schon ausgeführt, werden die Investitionen der Stadt auf maximal 500'000.- Fr eingefroren. Das ist auch auf dem Investitionsplan zu sehen. Das Rathaus, welches dringendst sanierungsbedürftig ist, ist eher pro Memoriam drin. Dort wird wahrscheinlich laufend

etwas gemacht werden müssen. Darum ist da auch ein Planungskredit vermerkt.
Das Budget 2017 wird ebenfalls belastet durch den Neubau des Kindergartens Fridau. Der wurde bis jetzt immer aufgeschoben. Nun kann man den nicht mehr aufschieben. Es braucht einen Ersatz für den ehemaligen Kindergarten Fridau. Die Vorlage dazu wird 2017 kommen, im Budget vermerkt ist es jetzt schon. Ebenfalls muss die Fassade des Schulhauses saniert werden und es gibt noch weitere Erneuerungen in der Wasserversorgung, die gemacht werden müssen.
Zum Schluss will Frau Sigrist noch etwas zur Photovoltaikanlage auf der Hopfengartenanlage sagen. Die Anlage wirft einen Ertrag ab. Dabei handelt es sich um einen Verrechnungsertrag. Der Strom, der von der Anlage produziert wird, wird ins Netz eingespiesen und verrechnet. Die Stadt bekommt jedoch noch keine Einspeisevergütung dafür, aber der Strom wird zum Normalpreis verkauft, beispielsweise ans Altersheim Stein am Rhein. Im Moment ist die Anlage auf Position 13'475 der Anlagen, die für den KEV Beitrag angemeldet sind. Dies wird von der KEV abgearbeitet und es ist nicht absehbar, wann man diese Verfügung bekommen, aber ab dann ist die Anlage selbsttragend, vorher noch nicht.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Frau Sigrist für ihre Ausführungen und fragt nach, ob die GPK hierzu noch etwas sagen will.

Thomas Schnarwiler, GPK begrüsst die Anwesenden. Er bestätigt, dass die GPK das Budget angeschaut und zähneknirschend begutachtet hat. Die GPK hat die Schwierigkeiten gesehen, die Frau Sigrist erwähnt hat. Es wurde ja eigentlich versprochen, 500'000.- Fr. zu sparen, was nicht eingehalten wurde. Aber man hat gesehen, dass es Ausgaben gibt für die Stadt, welche nicht nachvollziehbar sind oder auch nicht voraussehbar sind. Trotzdem hat man bei diesen Erklärungen aber auch gesehen, dass sehr viele Bemühungen gemacht worden sind und dass man da wirklich etwas erreichen will.
Soviel zur laufenden Rechnung. Wenn man jetzt aber die Investitionsrechnung anschaut, heisst das natürlich, dass nun von beiden Seiten her geschaut werden muss. Sowohl Stadt- wie auch Einwohnerräte müssen in der nächsten Zeit schauen, dass man nicht Begehrlichkeiten hervorhebt, die man im Moment nicht vermag und wenn man Begehrlichkeiten hat, dass man sich dann halt überlegt, ob sogenannte Projektsteuern oder etwas in dieser Art eingeführt werden sollen. Das ist sicher etwas, über das in Zukunft nachgedacht werden soll, damit man sich da auch beim Volk wieder ein bisschen absichern kann.
Aus Sicht der GPK ist es schon sehr einfach immer zu sagen: „Ja, die Stiftung zahlt das ja“, man bekommt ja das Geld zurück, aber meist sind die Folgekosten zu wenig mit einberechnet.
Nichts desto trotz dankt die GPK der Stadt für die super Arbeit, die geleistet wurde. Die GPK beantragt die Bewilligung des Budgets.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Herr Schnarwiler für dessen Ausführungen und eröffnet das Eintreten.

<u>Eintreten</u>

Arthur Cantieni, SP will nicht alles wiederholen, was gesagt wurde. Gewisse Sachen wurden auch im Zusammenhang mit dem Finanzplan erwähnt. Die SP Fraktion anerkannt die Bemühungen des Stadtrates für ein ausgeglichenes Budget. Man darf

aber nicht übersehen was Frau Sigrist schon erwähnt hat: Das gute Ergebnis ist nur möglich dank der Abschreibungen des Verwaltungsvermögens durch die Einführung von HRM II. Was man aus dem Voranschlag entnehmen kann ist, dass es zwei Kostentreiber gibt, die schwierig zu beeinflussen sind. Das sind zum einen die Bildung, und zum anderen die soziale Wohlfahrt. Man hat gehört, dass da rund 600'000.- Fr. mehr als erwartet in diese zwei Punkte geflossen sind, dies natürlich auch aufgrund der letzten Volksabstimmung zur Krankenkassenprämie. Was die SP Fraktion gesehen hat ist, dass die Steuern eher vorsichtig angeschlagen wurden. Man rechnet ungefähr mit dem gleichen Steuerertrag wie im Vorjahr. Herr Cantieni erwähnt, dass er das bei der Jahresrechnung schon gesagt hat, dass das ein wenig verwundert, wenn man die Zunahme der Bevölkerung in Betracht zieht. Aber es handelt sich hier um das Budget und da ist klar, dass eher vorsichtig budgetiert wurde, als dass man viele Einnahmen budgetiert werden, welche schlussendlich nicht eintreten. Es wurde schon immer vorsichtig budgetiert. In den letzten Jahren ist die Jahresrechnung in der Regel immer besser ausgefallen, als das entsprechende Budget. Voraussichtlich zeichnet sich das auch für dieses Jahr aus.
Herr Cantieni möchte aber in diesem Zusammenhang trotzdem noch darauf hinweisen, dass in den letzten Jahren die Steuern gesenkt wurden. Dies muss in die Überlegung miteinbezogen werden, wenn man von engen Finanzen spricht.
Abschliessend will die SP Fraktion allen danken, die hierbei mitgearbeitet haben. Ein besonderer Dank geht an die Jakob und Emma Windler-Stiftung, ohne deren Beitrag der Voranschlag anders aussehen würde. Zahlreiche Investitionen könnten ohne den Beitrag der Stiftung nicht getätigt werden.
Die SP Fraktion ist für Eintreten.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Herr Cantieni für das Eintreten und gibt Herr Flück von der bürgerlichen Fraktion das Wort.

Christian Flück, Pro Stein begrüsst die Anwesenden. Den Anwesenden liegt der Voranschlag 2017 zur Genehmigung vor. Die bürgerliche Fraktion dankt an dieser Stelle schon mal dem Zentralverwalter und seinem Team für die Arbeit, die für diesen Voranschlag geleistet wurde.
Folgende Punkte möchte die bürgerliche Fraktion trotzdem dazu festhalten:
Es war beabsichtigt, dass in der laufenden Rechnung eine halbe Million Einsparungen im Budget angestrebt werden. Dieses Ziel wurde aus verschiedenen Gründen leider nicht erreicht. Es kann aber im Allgemeinen festgestellt werden, dass ein verstärkter Sparwille in der gesamten Verwaltung vorhanden ist und auch umgesetzt wurde. Im Weiteren kann festgestellt werden, dass ein grosser Anteil der jährlichen Ausgaben der Stadt durch gesetzliche Grundlagen mehrheitlich vorgegeben worden sind. Dadurch ist der Handelsspielraum für den Stadtrat eingeschränkt worden und es ist eine grosse und schwierige Aufgabe, diese Sparziele zu realisieren. Es wurde schon von Herr Cantieni erwähnt, die wichtigsten Kostentreiber sind die Bildung, die Krankenkassen Prämienverbilligung, zu welcher das Stimmvolk zugestimmt hat und die Beiträge ans Altersheim und die Kosten der Sozialhilfe. Der Ausblick auf das Ergebnis des Voranschlages 2017 ist eher ernüchternd. Es sind wenige substantielle Einschränkungen erkennbar, wieder aus den vorher genannten Gründen, dadurch wird der aktuelle Finanzplan in Frage gestellt und das Sparziel von 500'000.- Fr pro Jahr scheint zu Zeit in der laufenden Rechnung kurz- und mittelfristig nicht erreichbar. Es gibt einen grossen Wechsel im Stadtrat sowie in den anderen Räten und Kommissionen. Daraus entstehen auch neue Impulse. Jedoch ergeben sich für die neue Exekutive enorme Anstrengungen, beispielsweise im Einhalten von Aufgaben und

Dossiers und im Einhalten des Finanzplans. Die GPK ist sich ihrer Verantwortung unter den aktuellen Umständen bewusst und stellt sich mit ihren Mitgliedern gerne unterstützend zur Verfügung für das kommende Jahr. Die bürgerliche Fraktion empfiehlt, den Voranschlag 2017 anzunehmen.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident dankt Herr Flück für sein Votum und bemerkt, dass das Eintreten unbestritten ist und fährt daher mit der Detailberatung fort.

Detailberatung
S. 9
Jörg Derrer, SP bemerkt, dass das abgedruckte Jahr nicht stimmt. Anstatt 2016 sollte 2017 stehen.

S. 16
025 Verwaltung Hochbau
319.00 Verschiedene Ausgaben
Cornelia Dean, SP bemerkt, dass der Betrag im Auge behalten werden soll, da nun externe Sachen intern gelöst werden von der Bauverwaltung aufgrund dieser freien 50%.

S. 18
029 Übriger allgemeiner Aufwand
315.01 IT-Netzwerk Stadtverwaltung
René Schäffeler, FDP findet es grundsätzlich positiv, dass man auch offen ist für ein Outsourcing der IT und da mit dem Rechenzentrum KSD Schaffhausen zusammenarbeiten will. Was aber erstaunt ist, dass so keine Kosten eingespart werden. Ihn würde interessieren, ob das umfassend betrachtet wurde auch mit Alterszentrum und Schule, oder ob da isoliert betrachtet wurde. Grundsätzlich ist Herr Schäffeler der Meinung, dass das umfassend angegangen werden sollte.

Ernst Bühler, Stadtschreiber erklärt, dass die IT der Stadt veraltet ist. Mit Kosten von 40'000.- Fr. pro Jahr war das eine sehr günstige Lösung. Mit diesen 90'000.- Fr. die budgetiert sind, hat man immer noch eine sehr günstige Lösung, da hat vor allem Herr Furger sehr hart mit der KSD verhandelt. Nun hat man die Kernapplikationen. Das ist vor allem die Einwohnerkontrolle, das Herzstück der Verwaltung. Die ganzen Finanzen und Steuern hängen dann alle zusammen, was eigentlich den Kern der EDV ausmacht. Dazu kommen noch Fachapplikationen, beispielsweise in der Fürsorge, an welchen nun noch gearbeitet wird usw.
Die momentane Lösung ist mit der Schule nicht verbindbar, da die genutzten Applikationen ganz andere sind. Die Schule hat auch eigene Anlagen und eine eigene Betreuung. Synergien gibt es da in dem Sinne also nicht. Aber es ist so immer noch günstiger, es gibt Gemeinden dieser Grösse, die das Doppelte an EDV Leistungen zahlen.

René Schäffeler, FDP will nicht weiter nachfragen. Nächstes Jahr hat man im Einwohnerrat einen Spezialisten in diesem Bereich. Da wird dann sicher auch die eine oder andere Frage auf den Stadtrat zukommen. Er dankt Herr Bühler für seine Ausführungen.

S. 21
Karin Sigrist, Finanzreferentin bemerkt, dass die Kontonummer 102.435.05 nicht

stimmt. Folgende Kontonummer sollte vermerkt sein: 102.319.05

S. 22
140 Feuerwehr
352.00 Gemeindebetrag an Feuerwehrverband
Peter Spescha, Einwohnerratspräsident erklärt, dass das entsprechende Budget erst vor einigen Stunden eingetroffen ist und es kann deshalb in dieser Sitzung nicht beurteilt werden. Herr Spescha macht den Antrag, dass diesem Posten folgender Text hinzugefügt wird: „Der Gemeindebeitrag an den Feuerwehrverband von 160'000.- Fr. wird erst freigegeben, wenn das Budget für das Jahr 2017 des Feuerwehrverbandes Stein am Rhein / Hemishofen bewillig ist."
Dieses Budget wird anlässlich der konstituierenden Sitzung am 13. Januar 2017 beraten und bewilligt.

Abstimmung
Ja: 10
Nein: 2

Der Antrag wird mit 10 Ja-Stimmen und zwei Nein-Stimmen angenommen.

S. 29
212 Orientierungsschule
303.00 Sozialleistungen
Werner Käser, FDP hat eine Verständnisfrage zum Kommentar. Er bemerkt, dass, wenn er diese Zahlen richtig interpretiert, er auf einen Mehraufwand kommt, nicht auf einen Minderaufwand. Er fragt nun, ob der das falsch sehe.

Ernst Bühler, Stadtschreiber bemerkt, dass dies korrekt sei.

S. 35
Karin Sigrist, Finanzreferentin bemerkt, dass es hier nochmals eine falsche Kontonummer habe. Und zwar lautet die Kontonummer der Ludothek 301, nicht 300.

S. 39
330 Öffentliche Anlagen und Wanderwege
314.01 Unterhalt der Anlagen
Cornelia Dean, SP würde gerne einen Antrag stellen. So macht sie sich vielleicht ein bisschen unbeliebt, da man ja nun die ganze Zeit vom Sparen gesprochen hat, aber man spricht schon länger und immer wieder mal darüber, dass beim Fussballplatz Umgebungsarbeit geleistet werden sollte. Das Licht am Fussballplatz wurde gemacht, aber an der Umgebung wurde schon längere Zeit nichts mehr gemacht. Es braucht unbedingt Fahrradständer, das Bort muss gemacht werden, es sollte Schattenplätze geben, da der Fussballplatz und der Trainingsplatz zum Erholungsgebiet geworden sind für Stein am Rhein Süd. Da ja alle auch wissen, dass Stein am Rhein eine Zuwanderung hat, wird man auch mehr Familien da haben, die diesen Platz auch nutzen werden. Es ist dringend angebracht, dass man da auch etwas an Unterhalt leistet. Daher möchte Frau Dean gerne einen Antrag über 15'000.- Fr stellen, so dass die wichtigsten Unterhaltsarbeiten am Fussballplatz gemacht werden können und eine Planung gemacht werden kann für das Budget 2018 oder 2019. So dass man zumindest mal einen Fahrradständer hinstellen kann und die nötigsten Sachen leisten könnte.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Frau Dean und fragt nach, ob jemand dazu etwas sagen will.

Gian Luca Marchetto, SVP will wissen, ob es schon eine Absprache mit dem FC gegeben hat, da Frau Dean von einem „Erholungspark“ spricht?

Cornelia Dean, SP stellt richtig, dass ein „Erholungspark“ übertrieben sei. Sie gibt an, dass sie schon länger mit Bernhard Neddermann daran ist, dieses Thema zu besprechen und mit dem FC laufen auch schon erste Diskussionen, auch was der FC selbst leisten kann. Sie hat auch schon mit Pascal Furger telefoniert. Eine Sitzung ist geplant, wenn mal wieder ein bisschen mehr Zeit ist. Es ist im Moment gerade ein bisschen viel, darum hatten sie auch keine Zeit, sich mal zusammen zu setzen. Aber es hat schon Diskussionen gegeben und dass man in der Umgebung des Fussballplatzes etwas unternehmen sollte, das ist schon länger so. Es fehlt natürlich einfach das Geld, um etwas umzusetzen oder zu planen. Darum hätte Frau Dean gerne, dass etwas ins Budget kommt, so dass man mal eine Grundlage hat.

Ernst Böhni, Sicherheitsreferent erwidert dazu, dass er damals schon als längster dabei war. Er war damals dabei, als der Fussballplatz saniert wurde. Man hatte damals Mühe, dass das, was man gepflanzt hat, überhaupt gewachsen ist. Man musste Sondermassnahmen treffen. Die Stadt investiert eigentlich schon jetzt sehr viel Geld in den Fussballplatz mit tränken, düngen und mähen. Herr Böhni muss dazu auch sagen, dass es sich beim Fussballplatz um einen Sportplatz handelt, nicht um einen Erholungsplatz. Man sieht es nicht gerne, wenn die Familien auf dem Platz noch picknicken. Trainingsplatz und die Wiese nebenan ist eher akzeptiert. Aber auf dem Sportrasen, der gelüftet wird, gedüngt wird und auch entsprechend getränkt wird, dass er bespielbar ist, wo auch immer wieder Rasenziegel ersetzt werden. Das kostet tausende Franken. Da gibt man sich Mühe, eine Sportanlage in Ordnung zu halten. Dass das einen Freizeitpark gibt, geht schon, aber für die Fussballer und nicht für andere, die dann mit Hunden oder anderem da unterwegs sind. Die Fussballer kann man jetzt nicht einfach noch wieder mit anderen Sachen belagern mit Unterhaltung und Zeltplatz nebenan. Die Stadt gibt heute schon etwa 30'000.- Fr. pro Jahr aus nur Materialkosten für diesen Fussballplatz. Herr Böhni ist es sogar recht, dass man das macht, aber dass jetzt diese Ausgaben auch noch dazu kommen, kann er nicht ganz verstehen. Ein paar alte Fahrradständer kann man sicher noch irgendwo finden.

Cornelia Dean, SP spezifiziert, dass sie von der Umgebung des Platzes geredet hat. Da sie neben dem Fussballplatz wohnt, weiss Frau Dean sehr wohl, dass in diesen Platz viel Geld investiert wird. Sie spricht aber nicht vom Fussballplatz an sich, sondern von der Umgebung des Platzes. Viele spielen auch auf dem Parkplatz, welcher ja eigentlich auch eine Wiese ist. Es gibt Familien und auch Gruppen, die sich da treffen. Auch der Trainingsplatz wird rege gebraucht zum Spielen. Es ist ja so, dass es diverse Rasenflächen neben dem Fussballplatz gibt und dass eben diese Umgebung ein wenig gestaltet wird, dass eben die Leute, die neben dem Fussballplatz spielen, das auch besser nutzen können. So dass man nicht unbedingt am Boden sitzen muss oder dass es auch Schattenplätze gibt. Wenn ein Fussballspiel stattfindet, stehen die Eltern, die ihren Kindern beim Fussball spielen zusehen, in der prallen Sonne. Es wäre schön, wenn hier ein bisschen was geboten wird und das auch mehr nutzen könnte, da es ja doch eine riesige Fläche ist, welche man besser nutzen könnte, wenn sie ein bisschen attraktiver wäre. Es braucht ja nicht viel, das sind keine hunderttausende von Franken,

sondern etwas für die Bevölkerung.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich für die Ausführungen. Ihn würde noch interessieren, wo zu welchem Konto man diese 15'000.- Fr. dazuschlagen müsste.

Cornelia Dean, SP erklärt, dass es noch kein entsprechendes Konto hat, sondern dass das unter 330 „Öffentliche Anlagen und Wanderwege“ gehen würde. Aber sie nimmt an, dass man dafür ein eigenes Konto eröffnen müsste.

Karin Sigrist, Finanzreferentin erklärt, dass das zu Konto 314.01 „Unterhalt der Anlagen“ geschlagen werden würde.

Christian Flück, Pro Stein will wissen, um was es denn konkret gehen soll.

Cornelia Dean, SP führt aus, dass es sicher mal Fahrradständer benötigt, da es nichts hat, wo man die Fahrräder hinstellen kann. Die liegen kreuz und quer rum. Dazu kommt ein Bort, wo man einen grossen Haselstrauch weggenommen hat. Das sieht nun wie abgebrochen aus. Da könnte man beispielsweise auch im grossen Steinen auskleiden, wo die Leute drauf sitzen können und von da aus auch das Fussballspiel sehen können. Es soll Sitzplätze geben, dazu könnte es noch ein paar Bäume geben, die Schatten spenden, wo man auch eine feste Sitzbank hintun könnte. Sowas in dieser Richtung.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident formuliert den Antrag: Konto 330.314.01 „Unterhalt der Anlagen“ wird um 15'000.- Fr. erhöht auf 167'000.- Fr.

<u>Abstimmung</u>
Ja: 5
Nein: 1
Enthaltungen: 6

Der Antrag von Cornelia Dean wird mit 5 Ja-Stimmen zu einer Nein-Stimme bei 6 Enthaltungen angenommen.

330 Öffentliche Anlagen und Wanderwege
314.03 Öffentliche Brunnen

Werner Käser, FDP hat eine Frage zum Kommentar. Im Vergleich zum Vorjahr kosten die Brunnen die Stadt nur noch einen Zehntel. Woher kommt das?

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent gibt zu, dass er das jetzt nicht genau nachgeschaut hat, aber so wie er sich erinnern kann, ist es so, dass im Moment über die Investitionsrechnung die ganzen Brunnen saniert werden, da war auch eine Kreditvorlage, die den Kredit bewilligt hat, um die ganzen Brunnen in Stein am Rhein zu sanieren.

Martin Furger, Zentralverwaltung bemerkt, dass im Budget 2016 der Betrag von 10'000.- Fr. als ausserordentlicher Aufwand drin enthalten ist für einen Bericht über den Zustand und die Sanierungsbedarf aller Brunnen in Stein am Rhein. Der ordentliche Aufwand war auch damals 1'000.- Fr.

Werner Käser, FDP fragt nach, warum denn in der Rechnung 2015 8'645.- Fr. aufgeführt waren? Weil so gross ist der Unterschied zu 2016 nicht. Es hat Herr Käser nur gewundert, dass die Brunnen nun auf einmal nur noch einen Zehntel kosten.

Martin Furger, Zentralverwaltung erklärt, dass auch da ein ausserordentlicher Sanierungsaufwand drin war für den Brunnen beim Öhningertor. Nun ist eine Gesamtsanierung am Laufen, welche aber über die Investitionsrechnung abläuft. Diese 1'000.- Fr. sind einfach der laufende Aufwand, den man mit den Brunnen hat für Reinigung, Enttalgung usw.

342 Kleinschifffahrt
380.00 Einlage in Erneuerungsfonds
Gian Luca Marchetto, SVP hat eine Frage zum Kommentar. Er will wissen, was man mit der Einlage in den Bootsplatzfonds für die künftige Erneuerung der Einrichtungen und Anlagen genau bezweckt, auch im Hinblick auf den Antrag von Herr Cantieni, der Rheinufergestaltung usw.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent verweist hier auf das Bootsliegeplatzreglement, dem vor genau einem Jahr zugestimmt wurde sowie all den Verordnungen, die damit verbunden sind. Darin ist festgehalten, dass die Einnahmen der Gebühren wieder für den Bootsliegeplatz verwendet werden sollen. Es ist so, dass wissen vor allem die, die selbst ein Boot haben, dass an diesen Steganlagen seit Jahren nichts gemacht wurde. Ziel ist es, mit dem Geld aus diesem Fonds, also den Gebühren, die die Nutzer des Bootsliegeplatzes bezahlen, die Stege zu erneuern. Die Bootsliegeplatzkommission hat in diesem Jahr 19-mal getagt und hat sich dabei bereits Gedanken gemacht, wie man mit diesen Einnahmen künftig umgehen will. Es existiert ein Investitionsplan, wo man vorhat, mit der Zeit gewisse Stege zu überprüfen. Es wurde bereits mit Fachleuten Kontakt aufgenommen um die Kosten abzuschätzen.

Cornelia Dean, SP hat eine Frage zum gleichen Punkt. Die Einnahmen dieser Gebühren belaufen sich nun auf 75'000.- Fr. Ist das so?

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent bestätigt dies.

Cornelia Dean, SP fragt weiter, ob es denn vorgesehen ist, dass die Gebühren, wenn die Sanierung der Steganlagen etc. fertig gestellt ist, wieder zurück gehen, sonst häuft sich das Geld ja an? Es gibt ja nun jedes Jahr zu dieser Sache eine relativ grosse Einlage. Haben diese Gebühren denn einen zweckgebundenen Nutzen?

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent bestätigt, dass die Gebühren nach dem Gebrauch angepasst werden. Das ist überall so, wo Gebühren entrichtet werden. Diese werden zweckgebunden angepasst, sei es nach oben oder nach unten. Beispielsweise konnte man die Kehrichgebühren senken, bei Wasser oder Abwassergebühren genau das Gleiche. Die Gebühren werden zweckgebunden eingesetzt und darum nach den Investitionen auch wieder eine Korrektur vorgenommen wird.

S. 49
570 Alters- und Pflegeheim (Forts.)
380.00 Einlage zum Ausgleichsservice
Karin Sigrist, Finanzreferentin bemerkt, dass ein Betrag nicht stimmt. Es sollten 67'000.- Fr. stehen anstatt 83'000.- Fr.

S. 57

620 Strassen

314.05 Erstellung, Erneuerung, Unterhalt der Parkplätze

Cornelia Dean, SP zitiert, dass im Kommentar steht: „Unter Berücksichtigung des Verkehrs- und Parkierungskonzeptes.“ Frau Dean fragt nach, ob denn dieses Verkehrs- und Parkierungskonzept nun steht?

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent bestätigt, dass der Stadtrat das Konzept in der letzten Sitzung durchgelesen hat, beraten hat und dieses Konzept nun zuerst an die Kommission geht, das sollte bis Montag geschehen. In der kommenden Woche gibt es dazu eine Sitzung mit der Kommission. Danach will man das so rasch wie möglich natürlich dem Einwohnerrat vorstellen.

314.01 Erstellung, Erneuerung, Unterh. Strassenbeleuchtung

Rolf Oster, SP lobt den Stadtrat für die Entscheidung, die alten Quecksilberlampen in der Strassenbeleuchtung durch LEDs zu ersetzen. So kann der Sondermüll reduziert werden und das Licht insgesamt wird besser.

314.06 Unterhalt WC-Anlagen

Irene Gruhler Heinzer, SP findet es gut, dass 12'000.- Fr. eingesetzt werden, damit die WC Anlage an der Schiffländi besser unterhalten wird. Das ist sicher ganz wichtig, dass das jetzt in Angriff genommen wird.

Gian Luca Marchetto, SVP findet es gut, was Frau Gruhler sagt. Er macht aber darauf aufmerksam, dass diese 12'000.- Fr. nicht für eine Aufwertung der WC Anlagen eingesetzt werden sollen, sondern sind, so wie er es versteht, nur dafür da, um Verbesserungen zu prüfen für 12'000.- Fr. Er fragt nach, ob das so richtig ist? Die öffentlichen WC Anlagen in Stein am Rhein sind in einem desolaten Zustand und so keine gute Visitenkarte für Stein am Rhein. Daher nimmt es Herr Marchetto wundern, wofür das Geld gebraucht wird. Er dankt Frau Gruhler für den Hinweis.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent macht darauf aufmerksam, dass im Kommentar vermerkt wird, dass es sich um einen Mehraufwand handelt. Dieser dient zur Anschaffung für den Ersatz fehlender Gegenstände wie Apparate, die fehlen, wie es im Kommentar beschrieben ist, oder Papierhalter, die abgerissen werden bei Vandalismus. Die müssen ersetzt werden. Gleichzeitig werden mit dem zusätzlichen Geld auch Verbesserungen geprüft. Es ist aber nicht so, dass da ein Projekt besteht für den Ersatz der bestehenden WC Anlagen. Dies ist ein separates Thema, das noch angegangen werden muss. Aber man ist auch da schon dabei, man kann aber einfach nicht alles miteinander machen.

S. 62/63

720 Kehricht- und Sperrgutbeseitigung

Irene Gruhler Heinzer, SP bemerkt, dass die Einsparungen, welche beim Kehricht durch den Beitritt beim KVA Thurgau gemacht worden sind, vorbildlich sind und sie das für gut befindet.

S. 64/65

790 Planung

318.00 Generelle Planungen, Ortsplanungen

Cornelia Dean, SP bemerkt, dass sie vorhin schon gefragt hat wegen dem Parkierungskonzept. Nun kommt hier schon ein Folgeplan. Was genau ist ein Folgeplan? Um was geht es da genau? Sie korrigiert sich noch, dass es sich hier um eine Folgeplanung des Verkehrs- und Parkierungskonzeptes handelt. Sie fragt aber trotzdem nach, wofür diese 15'000.- Fr. geplant sind? Handelt es sich dabei um die Ausführung des Konzeptes?

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent erläutert, dass, wenn einem das Verkehrs- und Parkierungskonzept vorliegt, sind darum gewisse Massnahmen definiert, welche eingeleitet werden müssen. Dafür braucht es finanzielle Mittel und dafür ist der Punkt gedacht. Das ist als Reserve gesehen. Wie intensiv die Ausgaben werden, sieht man im Verkehrs- und Parkierungskonzept. Aber wenn man keine Mittel zur Verfügung stellen kann, kann man nichts machen. Das ist nicht Sinn und Zweck des Verkehrs- und Parkierungskonzeptes, dass dies schlussendlich einfach irgendwo liegt und man nichts machen kann. Aber wie stark dieses Budget gebraucht wird, wird sich erst aus dem bereinigten Konzept heraus zeigen.

S. 70/71

860 Wärmeverbund

Rolf Oster, SP hat eine Frage zum Wärmeverbund. Es würde ihn interessieren, ob der Stadtrat schon wieder mehrere Kunden akquirieren konnte, um diese Heizung noch effizienter zu gestalten? Es ist ja eigentlich wichtig, dass die Preise nicht weiter erhöht werden, sondern dass die Anlage effizienter wird und man so mehr Energie verkaufen kann. Hat der Stadtrat hier entsprechend einen Plan erstellt, oder wie steht das? Er kann sich noch gut erinnern, wie ein anderer Stadtrat vor 4-5 Jahren hier gemeint hat, er sei laufend dabei, weitere Kunden zu akquirieren. Nun will Herr Oster den Stadtrat fragen, ob nun endlich etwas passiert.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent bemerkt, dass das ein wichtiges Votum ist. Der Preis, der verrechnet wird für die erbrachte Leistung ist im Rahmen des Wärmeverbundes oben angeschlagen. Vor allem in der jetzigen Situation, wo Gas und Öl sehr günstig sind. Es ist natürlich ein Anliegen, dass man möglichst viele Bezüger akquiriert. Das ist aber in diesem Umfeld momentan schwierig, da jeder findet, wenn er wechseln muss, kostet ihn das momentan mehr. Es gibt bestehende Abmachungen und gerade jetzt wird konnte ein weitere Bezüger den Beschluss fassen und somit wird ein weiterer Bezüger an den Verbund angeschlossen. Aber die Situation ist im Moment nicht ganz so einfach, vor allem mit dem momentanen Umfeld und der Preissituation.

S. 74

942 Liegenschaften des Finanzvermögens

423.00 Mietzins-Einnahmen

Karin Sigrist, Finanzreferentin vermerkt, dass die Mietzinseinnahmen von 490'000.- Fr. für das Jahr 2017 und 474'000.- Fr. für das Jahr 2016 fehlen. Diese wurden in der Auswertung nicht gedruckt, sind im Totalbetrag aber enthalten.

Werner Käser, FDP bemerkt, dass genau das seine Frage gewesen wäre. Er dankt Frau Sigrist für die Erläuterung.

423.00 Mietzinseinnahmen

Rolf Oster, SP bemerkt, dass Mehreinnahmen durch die Burg Hohenklingen gemacht werden. Er findet das eigentlich sehr gut. Nur muss man da auch aufpassen, dass dem

Pächter auch eine Chance gegeben wird, dass er nicht wieder wechselt. Momentan ist die Lage sehr gut. Auf der anderen Seite ist es wichtig, dass Stein am Rhein eine attraktive Burg hat. Momentan ist das so, es war aber auch schon anders. Darum will Herr Oster dem Stadtrat ans Herz legen, dass das mit Augenmass betrachtet werden soll.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent bemerkt, dass es erfreulich ist, dass Umsatz und Kundenfrequenz auf der Burg Hohenklingen sehr stark zugenommen haben. Es ist so, dass man in der Gastronomie einen Sockelbetrag hat und danach eine Umsatzbeteiligung. Aber auch diese ist in diesem Fall sehr moderat. Wenn man die Differenzen im Voranschlag betrachtet, sieht man, dass es dem Pächter sehr gut läuft. Die Stadt und ganz Stein am Rhein sind darüber sehr erfreut, dass man einen Betrieb hat, der erfreulich läuft.

S. 80:
42 Vermögenserträge
423 Liegenschaftserträge des Finanzvermögens
Karin Sigrist, Finanzreferentin bemerkt, dass ein Betrag verrutscht ist. Zu diesem Punkt gehört die Zahl, die gerade unten dran steht, diese 687'000.- Fr. Dieser Betrage gehört zur Position „Liegenschaftserträge des Finanzvermögens“ und nicht zu „Ausserordentliche Finanzerträge“.

S. 86
330 Öffentliche Anlagen und Wanderwege
503.07 Bruggsteg Neugestaltung
Arthur Cantieni, SP fragt nach, was hier genau vorgesehen ist?

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent erklärt, dass, auch im Zusammenhang mit der Initiative Vorderbrugg verschiedene Themen angeschaut werden. Hier geht es darum, dass immer noch ein Projekt offen ist, welches man auch intensiv in einer grossen Projektgruppe besprochen hatte. Dieses Projekt will man wieder aufnehmen. Dabei geht es um die Bruggsteg Passage, wo die grossen Bäume stehen. Also im Prinzip von Frau Junker bis zum Grundstück der Familie Trüb hat es Ufer, das verbetoniert ist. Da besteht ein Projekt, dass man dieses Ufer wieder renaturieren will. Der Kanton würde sich da sehr stark daran beteiligen, wenn dieses Gebiet wieder renaturiert werden würde.

Arthur Cantieni, SP erinnert sich, dass er damals selbst in dieser Kommission war. Im Jahr 2011 hat man mit den Anwohnern geredet. Schon damals wurde eine Planung erstellt für 15'000.- Fr. Leider hat Herr Cantieni diesen Plan in seinen Unterlagen nicht mehr gefunden. er kann sich noch erinnern, dass man damals 15'000.- Fr. ausgegeben hat, um dieses Ufer mit Stufen usw. zu gestalten. Wieso muss man jetzt heute schon wieder bei null anfangen, und nochmals alles planen? Er versteht das hier nicht mehr ganz.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent gibt hierzu gerne Auskunft. Das Projekt wurde gemacht und liegt dem Stadtrat auch vor. Dieses Projekt wurde in der Zwischenzeit dem Kanton vorgelegt. Der Kanton war aber mit diesem Projekt nicht einverstanden und zwar genau wegen dem Thema der Renaturierung. Nun geht es darum, dass dieses Projekt angepasst wird und dass auch mit dem Kanton abspricht, dann kann man das schlussendlich auch umsetzen. Der Kanton macht hier laufend

Vorgaben, welche es einzuhalten gilt, wenn man kostengünstig zu einer Renaturierung kommen will. Es braucht aber noch eine Lösung wie man es verbinden kann, dass renaturiert wird, dass aber auch die Zugänglichkeit zu den Schiffen, die da liegen, noch gewährleistet ist. Es ist aber nicht so, dass jetzt nochmals eine neue Planung gemacht wird, sondern man will nun einfach einen Schritt weiter gehen, damit man einen Konsens findet mit dem Kanton.

Arthur Cantieni, SP hakt nach, ob das wirklich nochmals 15'000.- Fr. kosten wird, nachdem man schon so viel dafür ausgegeben hat?

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent erläutert, dass das so im Budget steht, da der Posten Geld braucht. Wenn weniger gebraucht wird, wird auch ganz sicher weniger gebraucht. Es muss aber ein Betrag vorhanden sein, sonst kann an diesem Projekt nicht weiter gearbeitet werden.

Arthur Cantieni, SP bemerkt, dass er die Ufergestaltung, so wie sie jetzt aussieht, eigentlich ganz gut findet und er nicht will, dass da noch gross etwas renaturiert wird. Aber er verzichtet hier auf einen Antrag.

S. 90/91
620 Strassen
501.87 Degerfelderstrasse
Irene Gruhler Heinzer, SP bemerkt, dass schon letztes Jahr beim gleichen Posten der Antrag gestellt wurde, dass der Betrag gesperrt bleibt, bis der Stadtrat dem Einwohnerrat eine detaillierte Kreditvorlage mit Finanzierungsnachweis vorlegt und der Einwohnerrat dem zustimmt. Sie will nun diesen Antrag nochmals stellen. Dazu will sie noch, wie auch schon letztes Jahr, anmerken, dass das Trottoir auf der Südseite der Degerfelderstrasse ist, und nicht auf der Nordseite. Sie bittet den Stadtrat darum, dass das korrigiert wird. Es ist auch im Finanzbericht falsch drin.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Frau Gruhler Heinzer für ihre Meldung und hakt nach, ob sie nun einen Antrag stellt.

Irene Gruhler Heinzer, SP bestätigt dies.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent erläutert, dass es keinen Antrag braucht. Das Postulat und dessen Beantwortung steht über diesem Posten. Solange das Postulat nicht behandelt und beantwortet wurde, kann dieses Geld nicht gebraucht werden. In diesem Posten geht es nur darum, dass, wenn das Postulat beantwortet ist, es ein Anpassung an den Betrag geben kann und dass dieser im Voranschlag vermerkt ist.

Irene Gruhler Heinzer, SP fragt nach, wo denn das genau steht.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent erklärt, dass das die Bedingung sei, die der Einwohnerrat dem Stadtrat überwiesen hat.

Irene Gruhler Heinzer, SP antwortet, dass sie zu diesem Postulat einen Protokollauszug aus dem Stadtrat erhalten hat. Der Stadtrat hat das am 2. Dezember behandelt. Die Planungsausgaben wurden da nicht bewilligt. Es wird jetzt etwas erarbeitet, das im März dem Stadtrat vorgelegt werden sollte. Frau Gruhler nimmt an,

dass das dann auch im Lauf des kommenden Jahres behandelt werden soll und dann soll man unter Umständen diese 200'000.- Fr. einsetzen. Darum beharrt Frau Gruhler darauf, dass das Geld trotzdem gesperrt wird, bis eine detaillierte Kreditvorlage da ist.

Ernst Bühler, Stadtschreiber erklärt, dass damals die Motion mit der Begründung, dass es sich um eine gebundene Ausgabe handelt und sich somit in der Kompetenz des Stadtrates befindet in ein Postulat umgewandelt. Er ist der Meinung, dass dieser Antrag so nicht rechtens ist. Diese 200'000.- Fr. sind gebunden. Das ist im Rahmend es Quartierplan verankert. Man ist verpflichtet, das zu machen. Man hatte die Möglichkeit, im Quartierplanungsverfahren einzugreifen. Diese Möglichkeit wurde nicht genutzt und so ist alles so rechtskräftig, wie es sollte. Am Quartierplan sind auch andere Leute beteiligt und da der Plan rechtkräftig ist, ist die Stadt verpflichtet, diese Ausgaben auch zu machen.

Irene Gruhler Heinzer, SP möchte auf diese Aussage antworten. Man weiss ja dann nicht, wie das Postulat beantwortet wird, was einem unterbreitet wird und ob nun verkehrsberuhigende Massnahmen miteinbezogen werden oder nicht. Sie ist der Meinung, dass es hier schon noch gut wäre, wenn der Einwohnerrat hier noch zuerst die Vorlage bewilligen müsste. Sicherlich ist es eine gebundene Ausgabe. Im Quartierplan ist aber nirgends vorgeschrieben, wann dieses Trottoir zu bauen ist. Es geht ja auch darum, dass man schon mit dem Bau des Trottoirs beginnen wollte, bevor man überhaupt genau wusste, was mit der Überbauung passieren soll. Im Moment sieht es sogar so aus, als ob mehr gebaut würde, als ursprünglich im jetzigen Projekt geplant ist. Sie nimmt an, dass das dann wahrscheinlich auch an den Einwohnerrat kommen wird, zusammen mit dem Landabtausch. Sie ist der Überzeugung, dass der Einwohnerrat hier trotzdem noch daran beteiligt sein sollte.

Ernst Bühler, Stadtschreiber erklärt, dass der Einwohnerrat den Stadtrat bei gebundenen Ausgaben nicht einschränken kann. Es muss auch nicht unbedingt der Stadtrat sein, der diese 200'000.- Fr. auslöst. Das kann auch der andere Eigentümer sein. Da ist die Stadt nicht autonom. Er wehrt sich dagegen, dass mit dem Geld Einschränkungen verknüpft sind. Der Stadtrat hat hier Verpflichtungen, die eingehalten werden müssen, wann es der Quartierplan vorsieht. Das Postulat ist sehr wohl erhört worden. Es wurde ein Speedy angeschafft, um die Geschwindigkeit zu messen und eine Verkehrszählung auf dieser Strasse zu machen. Die Stadt ist in dieser Hinsicht sensibilisiert. Herr Bühler versichert Frau Gruhler Heinzer, dass da gut kommen wird. Rein rechtlich gesehen, sind diese 200'000.- Fr. aber verpflichtend.

Irene Gruhler Heinzer, SP erklärt, dass, gesetzt dem Fall, dass der Stadtrat zur Erkenntnis gelangt, dass man das Trottoir nicht braucht, sondern andere Verkehrsberuhigende Massnahmen einleitet, wäre der Stadtrat schon auch in der Lage, mit einer punktuellen Ausschreibung zur Veränderung von diesem bestimmten Teilstück nochmals eine Quartierplanänderung zu machen. Diese Möglichkeit sollte eigentlich bestehen. Es handelt sich hier um einen grossen Posten. Eine Etappierung wäre offenbar auch möglich, da der ganze Posten ja etwa doppelt so viel wäre. Das macht man ja nun trotzdem auch, auch in Bezug auf die gebundene Ausgabe.

Ernst Bühler, Stadtschreiber erläutert dass man sich hier im zivilrechtlichen Bereich befindet, und nicht im öffentlich rechtlichen.

Karin Sigrist, Finanzreferentin fügt ein, dass das Trottoir gebaut werden muss. Das

ist im Quartierplan rechtsverbindlich festgehalten. Wird dieses Trottoir nicht gebaut, gibt es einen Rechtsstreit, das kostet und irgendwann sagt dann das Gericht, dass man das zahlen muss. Darum ist es eine gebundene Ausgabe. Es geht nicht anders. Man müsste den Quartierplan angreifen, dieser ist aber rechtlich gültig. Daran kann nicht gerüttelt werden. Der Stadtrat hat ja aber die Zusage gemacht, dass geprüft wird, ob da eine Tempo 30 Zone Sinn machen würde. Frau Sigrist weiss selbst auch nicht, was da herauskommen wird. Der Stadtrat hat da Fachleute angestellt, welche dann sagen werden, was Sinn macht. Wenn die sagen, dass eine Tempo 30 Zone Sinn macht und gut ist fürs Quartier, dann wird das auch so gemacht. Der Stadtrat hat auch schon die Zusage gemacht, dass da eine Sackgasse kommt, damit kein Querverkehr entsteht. Mehr kann aber nicht gemacht werden.

Irene Gruhler Heinzer, SP bemerkt, dass man diese Diskussion schon lange in immer wieder hat. Ihrer Meinung nach ist das eine Auslage von 200'000.- Fr. für ein Trottoir, das nicht unbedingt sinnvoll ist und man sich eigentlich auch als Stadt nochmals hätte überlegen müssen, ob das wirklich sinnvoll ist. Letztes Jahr konnte dieser Antrag gemacht werden. Sie versteht nicht ganz, warum dieser Antrag nicht wieder gemacht werden kann. Aber wenn das so ist, Macht Frau Gruhler Heinzer keinen Antrag.

501.04 Schifflände Neugestaltung

Arthur Cantieni, SP hat eine Frage zum Betrag von 50'000.- Fr. Er würde gerne wissen, was hier vorgesehen ist.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent erklärt, dass das mögliche Auswirkungen sind, die auf Einwohnerrat und Stadtrat zukommen könnten durch die Beantwortung der Motion von Herr Cantieni.

Arthur Cantieni, SP erklärt, dass im Finanzplan „Neugestaltung Schiffländi“ steht mit diesen 50'000.- Fr. Danach kommt der Punkt „Ausführung 2020“, also genauer gesagt die Studie dazu 2017 und das Projekt und die Ausführung geplant auf 2020 mit kosten von drei Millionen. Dann steht da noch schön „mutmassliche Beiträge Dritter an die Neugestaltung der Schiffländi drei Millionen“, was also eine Volksabstimmung usw. bedingen würde. Im Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 13. Mai geht es um eine Anlegestelle, keinen Gesamtplan. Herr Cantieni ist sich nicht sicher, ob das denn nicht angesehen wird. Die Motion von Herr Cantieni wurde einstimmig überwiesen: „Der Stadtrat wird beauftragt, baldmöglichst, jedoch spätestens bis Winter 2019/20, die Schiffsanlegestelle der Schifffahrtsgesellschaft Untersee und Rhein Stein am Rhein hindernisfrei und behindertengerecht zu realisieren.“ Da steht nichts von einer Gesamtplanung. Zudem ist hier nun vom Jahr 2020 die Rede. In der Motion ist aber von Winter 2019/20 die Rede. Weiterhin hat Herr Cantieni noch ein Protokoll vom 22. Januar 2014 zur Hand, wo es um die Planung der Schiffländi geht. Damals hat man die Planung aus irgendwelchen Gründen abgebrochen. Das Ganze hat damals 19'536.25 Fr. gekostet. Das Geld hat man da schon für die Planung ausgegeben und hat dann diese Planung abgebrochen. Nun sieht Herr Cantieni einfach nicht ein, warum dass man sich nun nicht endlich auf diesen Schiffssteg konzentriert und den realisiert aufgrund dieser Motion, sondern jetzt wieder eine Gesamtplanung in Angriff nehmen muss, wo dann wieder unsicher ist, ob das dann wirklich stattfindet. Wahrscheinlich wird nun damit spekuliert, dass schlussendlich die Windler Stiftung einen Beitrag zahlt, aber das ist nicht sicher und es ist auch nicht sicher, ob das Volk diesen drei Millionen einfach so zustimmen wird. Herr Cantieni kann sich das nicht vorstellen. Warum konzentriert man sich denn nicht auf den Schiffssteg zur Beantwortung der Motion?

René Schäffeler, FDP bemerkt, dass die Vorlage intensiv diskutiert wurde. Herr Cantieni erzählt nicht alles, was im Einwohnerrat diskutiert wurde. Damals wurde auch gesagt, dass Nebenthemen aufkommen werden. Beispielsweise die Mauer, die unterspült ist und saniert werden muss, wie auch Wasserleitungen, die angegangen werden müssen. Es braucht hierfür einen Gesamtplan, darauf hat Herr Schäffeler schon damals aufmerksam gemacht. Diese Planung braucht es nicht fürs gesamte Rheinufer, da ist er sich einig mit Herr Cantieni, sondern für den Platz braucht es eine Gesamtplanung. Man kann nicht nur alleine diese Anlegestelle machen. Und das ist, so vermutet Herr Schäffeler, der Grund für diesen Kostenpunkt. Er verweist aber auf Herr Oderbolz, dass dieser erklären soll, warum der Kredit so angesetzt wurde.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent ergänzt, dass diese Motion schon lange diskutiert wird und schon sehr intensiv daran gearbeitet wurde. Dabei sind sehr viele Sachverhalte aufgetaucht, welche es verhindern, dass „einfach so“ ein hindernisfreier Zugang zu den Schiffen erstellt wird. Die Folgekosten sind die, dass wenn man das so macht, dass man dann keinen freien Zugang mehr haben, um die unterspülte Mauer und den Platz zu sanieren. Würde man das nun nicht angehen, käme vielleicht später von der gleichen Seite wieder der Vorwurf, warum denn das damals nicht gemacht wurde, dann wurde vielleicht nur ein Teilbetrag ausgegeben, dafür können im Nachhinein die nötigen Massnahmen nicht mehr gemacht werden. Es ist nicht ganz einfach, einen hindernisfreien Zugang zu schaffen. Es gibt dazu mehrere Studien. Die Stadt hat da bereits Unternehmer damit beauftragt, Pläne zu machen, diese liegen allesamt dem Stadtrat vor, es wurden bereits Gespräche geführt, auch im Bereich der Denkmalpflege, zur Abklärung, was überhaupt machbar ist und was nicht. Das wird danach in der Beantwortung der Motion auftauchen. Aber es braucht Geld, um danach diese Planung in grossen Schritten voranzutreiben. Darum ist diese Position auch da drin.

Arthur Cantieni, SP macht darauf aufmerksam, dass da Neugestaltung Schiffländi 50'000.- Fr. steht und nicht Sanierung von Mauer und Schiffsteg. Das wird schlussendlich drei Millionen kosten. Da spricht man immer vom Sparen und will schlussendlich hier drei Millionen ausgeben. Dabei hat man bei der Behandlung der Motion schon wegen der knappen halben Million, die da kosten würde, gestöhnt. Daher stellt er den Antrag, dass der Betrag zwar nicht gestrichen, aber gesperrt wird, bis die Motion beantwortet ist. Man kann den Schiffssteg ja auch innerhalb des ganzen Projektes vorziehen. wenn man die Standorte kennt und weiss, welchen Teil der Mauer man sanieren muss, soll es doch möglich sein, dass der Schiffssteg vorgezogen wird. Es leuchtet ihm nicht ein, warum eine so grosse Planung notwendig ist, wenn doch die Motion so eindeutig ist. Harr Cantieni verspricht, in diesem Fall nicht mehr locker zu lassen und, wenn nötig, eine Initiative zu starten, wenn die Vorlage, die der Einwohnerrat erhält, nicht der Motion entspricht. Es ist einfach nicht in Ordnung, dass es wieder derart behandelt wird. es entsteht der Eindruck, dass kein Wille vorhanden ist, um das durchzusetzen, dies auch aufgrund von anderen Äusserungen von Stadträten.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent räumt ein, dass das Wording hier falsch ist und man die Themen der Sanierung und des hindernisfreien Zugangs mit reinschreiben hätte sollen, was jedoch sogar weiter unten im Text steht. Verschiedene Abklärungen haben aber ergeben, dass mehrere Massnahmen notwendig sind. Das liegt auch daran, dass man, wie vorhin schon erklärt, nicht einfach einen Steg machen können, ohne die

dahinterliegende Mauer zu sanieren. Und das braucht Planungsgeld, welches nun eingestellt wurde. Dieses Geld wird dann genutzt, wenn die Motion beantwortet wurde und sie vom Einwohnerrat abgesegnet ist. Wenn der Einwohnerrat die Beantwortung der Motion nicht gutheisst, gibt es die Gestaltung nachher auch nicht. Es ist nur eine weiterleitende Beantwortung, die danach wieder verifiziert werden muss.

Arthur Cantieni, SP bemerkt, dass es doch mal schön wäre, wenn der Stadtrat auch das kommunizieren würde, was er auch sagen will, nämlich dass der Antrag bearbeitet wird, dass aber noch andere Aspekte, wie die unterspülte Mauer, auch dazu kommen und man diese auch noch bearbeiten muss. Der Schiffssteg wird aber vorgezogen und möglichst bald gemacht. Dafür braucht es nicht wieder eine Gesamtplanung. Oder man kann eine Gesamtplanung machen und den Steg vorziehen. Herr Cantieni begreift einfach nicht, warum man hier nicht kommuniziert und sich bemüht, um möglichst schnell zu handeln, auch im Sinn des Tourismus, dass nun endlich umgesetzt wird, was gefordert wurde. Das wird jetzt schon seit mehr als 10 Jahren vor sich her geschoben. Herr Cantieni stellt den Antrag, dass diese 50'000.- Fr. erst dann freigegeben werden, wenn der Einwohnerrat die Motion abgesegnet hat.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent versichert Herr Cantieni, dass das Geld vorher nicht angefasst wird, dazu hat der Stadtrat keinen Grund. Es geht darum, sicherzustellen, dass die entsprechenden finanziellen Mittel im Budget zur Verfügung stehen, damit der Antrag auch bearbeitet werden kann. Das Geld wird aber wirklich erst dann gebraucht, wenn der Einwohnerrat die Motion angenommen hat.

Arthur Cantieni, SP will bei Stadtrat beliebt machen, dass man zwar planen kann, dieser Schiffssteg aber endlich gemacht werden soll.

René Schäffeler, FDP merkt an, dass, wenn der Betrag gestrichen wird, sich das Ganze ja noch weiter nach Hinten verzögert.

Arthur Cantieni, SP bemerkt, dass er nicht von herausstreichen gesprochen hat, sondern davon, den Betrag zu sperren, bis der Einwohnerrat die Vorlage zu der Motion angenommen hat.

Christian Flück, Pro Stein will wissen, wie denn genau das Mittel „sperren“ für Herr Cantieni gemeint ist? Er kennt das bis jetzt nicht und wünscht eine Erklärung dazu.

Arthur Cantieni, SP will, dass 50'000.- Fr. gesperrt werden, bis der EWR eine Vorlage zu dieser Motion hat. Er entschuldigt sich noch, dass er so emotional reagiert hat.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bittet die Einwohnerräte, über den Antrag von Herr Cantieni abzustimmen.

<u>Abstimmung</u>
Ja: 6
Nein: 6

Der Antrag von Herr Cantieni wird durch den Stichentscheid des Einwohnerratspräsidenten abgelehnt.

<u>S. 93</u>

720 Kehricht- und Sperrgutbeseitigung
Karin Sigrist, Finanzreferentin bemerkt, dass die Kosten von 105'000.- Fr. für die Unterflurcontainer wegfallen, da diese noch in die laufende Rechnung von 2016 nachgetragen werden konnten.

Jörg Derrer, SP macht sich stark dafür, dass es in der Umgebung der Stadt noch mehr Container geben soll, dass rund ums Städtchen noch ein oder zwei weitere Unterflurcontainer geplant werden, wäre es nett. Das liegt ja auch im Budget des Stadtrates. Das soll einfach nicht vergessen gehen.

S. 97
942 Liegenschaften des Finanzvermögens
Gian Luca Marchetto, SVP dankt der Jakob und Emma Windler-Stiftung für die Sanierungen der Liegenschaften. Es ist nicht selbstverständlich, dass man diese Unterstützung von 1.2 Millionen bekommt.

S. 101
René Schäffeler, FDP bemerkt einen Schreibfehler beim Parkplatzfonds. Da hat es eine 0 zu viel.

Die Detailberatung wird beendet.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident fragt nach, ob es noch nachträgliche Wortmeldungen gibt. Da dies nicht der Fall ist, verliest er den Antrag des Stadtrates:
Der Stadtrat beantragt, folgende Beschlüsse zu fassen:
1. Dem Voranschlag 2017 Laufende Rechnung und Investitionsrechnung wird zugestimmt;
2. Aufgrund des kantonalen Steuergesetzes wird für das Steuerjahr 2017 eine Gemeindesteuer von 95% erhoben.

Die Anträge des Stadtrates sind einstimmig angenommen.

mit Protokollauszug:
- Einwohnerrat, Peter Spescha, Im Riet 19, 8260 Stein am Rhein
- GPK,
- Bereichsleiter Finanzen
- Ablage Ordner Stadtkanzlei
- Ablage

Extranet:
- Einwohnerrat (Protokoll 05/16)
- Stadtrat
- Bereichsleiter

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000

BAU, Wasserbau, Bootshafen 00.45.000

6. Änderung Bootsliegeplatzreglement

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent erklärt, dass, wie bereits im Budget

vermerkt, vor einem Jahr ein neues Bootsplatzreglement beschlossen wurde. Die Kommission dazu wurde anfangs Jahr eingesetzt und hat sehr intensiv getagt und wurde schnell mit verschiedensten Themen konfrontiert. Eines der wichtigsten Themen hierbei ist, dass die Stadt Schaffhausen ihr Reglement angepasst hat, welches vor allem vorgesehen hat, dass nur im Kanton Schaffhausen wohnhafte Personen einen Bootsplatz beantragen dürfen. Das geht natürlich rum wie ein Lauffeuer und hat dazu geführt, dass alle ausserkantonalen Bootsbesitzer, welche in Schaffhausen keinen Antrag mehr stellen konnten, nach Stein am Rhein gekommen sind und haben sich hier erkundigt, wo man einen Bootsplatz bekommen kann. Die Kommission hat dann dem Stadtrat beantragt, dass hier Anpassungen vorzunehmen sind, so dass alles gleich gehandelt wird. Auch dass Wartelisten geführt werden mit Leuten, die einen Wohnsitz im Kanton Schaffhausen aufweisen und auch, dass nachher die Regelung mit der Zuteilung ähnlich erfolgt, wie auch in Schaffhausen, dass die Zuteilung nur noch erfolgen kann, wenn die Leute auch im Kanton Schaffhausen ansässig sind. Präzisierend heisst das nicht, dass jemand ortsansässiges, der sich angemeldet hat, nicht mehr wegziehen darf, nur weil er jetzt auf der Warteliste steht. Er muss einfach nachher wieder im Kanton Schaffhausen ansässig sein, wenn er zum Zug käme, einen Bootsplatz zu nutzen.
Was der Einwohnerrat erst heute erhalten hat, was aber trotzdem ein Anliegen ist, auch von der Kommission, ist das in Artikel C eine Terminologie fehlt bezüglich des Zeitpunktes und das will Her Oderbolz dem Einwohnerrat beliebt machen, dass dieser Artikel C auch angepasst wird. Es geht darum, dass man festgestellt hat, dass es nicht klar geregelt ist, was passiert, wenn nun jemand ein neues Boot kauft, dass vielleicht einen Meter breiter sein kann und somit nicht mehr in den Bootsplatz passt. Das hätte Artikel C eigentlich regeln sollen, aber man hat gemerkt, dass die Terminologie hier noch nicht sauber war. Der Stadtrat bittet den Einwohnerrat, der Anpassung dieses Bootsplatzreglements zuzustimmen.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Herr Oderbolz für seine Ausführungen und bittet die SP Fraktion, ihr Eintreten vorzutragen.

<u>Eintreten</u>
Jörg Derrer, SP will sich hier nicht lange aufhalten und macht nicht lange. Wie schon gehört, hat der Kanton Schaffhausen einen Riegel vorgeschoben. Herr Derrer wird nachher noch ein paar Fragen stellen, wie das nun ist mit Gegenrechten, die der Kanton Schaffhausen ja den Nachbarkantonen einräumt. Das steht im neuen Bootsplatzreglement nicht, ob daraus noch etwas entstehen kann. Das ist einfach nachher noch die Frage.
Die SP Fraktion ist für Eintreten und wird dem auch zustimmen. Der Stadtrat kann nachher vielleicht auch noch dazu Auskunft geben über die Beschlüsse des Stadtrates, welche in den Mitteilungen des Stadtrates publiziert wurden.

Gian Luca Marchetto, SVP erklärt, dass auch die bürgerliche Fraktion für Eintreten ist. Das wurde kurz an der Fraktionssitzung behandelt. Diese Änderung in den Anträgen wird ein laufender Prozess sein, die Kommission hat, wie es Herr Oderbolz vorhin erwähnt hat, viele Male getagt und so sind auch verschiedene Ideen zustande gekommen. Daraufhin auch die Gegebenheit von Schaffhausen selber, das, wie Herr Derrer so schön gesagt hat, einen Riegel geschoben hat, so dass jetzt alle Ausserkantonalen auf Stein am Rhein wollten, um einen Bootsplatz zu ergattern.
Aus Sicht der bürgerlichen Fraktion macht dieses Reglement Sinn, dass diese Anmerkungen in Artikel 5 und 6 drinstehen. Auch der Zusatzantrag mit den roten

Ergänzungen macht Sinn. Herr Oderbolz hat das ausführlich erklärt, dass das Sinn macht. Wenn jemand sich ein grösseres Boot kauft und da schlussendlich nicht in seinen Platz kriegt, muss er das anmelden und bewilligen lassen. Das macht absolut Sinn.
Die bürgerliche Fraktion ist für Eintreten.

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin hat ein kleines Problem. Auch sie haben den Zusatzantrag an den Einwohnerrat erst jetzt erhalten. Sie hat das noch kurz durchgelesen und mit Herr Bühler abgesprochen, da das Antragsrecht der Stadtrat hat und nicht die Bootsliegeplatzkommission.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent korrigiert, dass jeder Stadtrat das Antragsrecht hat und dass es Sache des Einwohnerrats ist, das zu behandeln.

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin führt weiter aus, dass es bis jetzt so war, dass das einfach im Stadtrat behandelt wurde und vom gesamten Stadtrat kam nachher der Antrag an den Einwohnerrat. Man kann nun einfach sagen, dass alle einverstanden sind und mit einem Zirkularbeschluss beschliessen, den Zusatzantrag an den Einwohnerrat zu überweisen. Einfach dafür, dass es formell richtig ist.

Die Stadträte sind mit dem Zusatzantrag einverstanden.

Detailberatung
S. 1
Cornelia Dean, SP fragt nach, ob das geänderte Reglement nur für neue Anwärter auf einen Bootsplatz gilt, oder ob auch jetzigen Besitzern gekündigt wird.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent erklärt, dass man niemandem künden kann, der schon einen Bootsplatz besitzt.

Cornelia Dean, SP hakt nach, ob die, die schon sind, auch wirklich bleiben können, auch wenn sie noch auf der Warteliste stehen?

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent bestätigt das, erklärt aber, dass die Warteliste sich reduziert hat, da man neu Gebühren erhoben hat, um auf der Warteliste zu bleiben.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident

S. 2
Werner Käser, FDP hat einen kleinen Vorbehalt gegenüber dem Passus „bewilligen zu lassen“. Er fragt sich, ob das wirklich nötig ist. Für ihn ist das jetzt einen relativ starken Eingriff ins Eigentumsrecht, wenn man also ein neues Boot kaufen will, dass man da zuerst die Stadt fragen muss, ob man das überhaupt darf.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent erklärt, dass schon drin steht, dass man den Kauf eines neuen Bootes bewilligen lassen muss. Es geht hierbei um den Zeitpunkt, wann diese Bewilligung stattfinden soll. Das ist eine Regelung, an die sich jeder halten soll. Es kann natürlich nicht jemand ein neues Boot kaufen, danach zur Bootsplatzkommission gehen und von denen verlangen, dass sie ihm nun passend zum neuen Boot einen passenden Bootsplatz geben. Das ist schlichtweg nicht möglich, das

würde den Rahmen unserer Plätze sprengen. Es geht dabei vor allem um die Dimension der Schiffe, um die Breite, Länge usw. Wenn das Schiff nur 5cm grösser ist, sagt die Kommission schon, dass das in Ordnung geht, aber man hat leider Fälle, wo das Schiff auf einmal 50cm oder noch mehr grösser sind. Das geht dann nicht mehr.

Werner Käser, FDP fragt nach, ob es dann nicht die logischere Lösung wäre, wenn man dann sagen würde, dass wenn man sich ein grösseres Boot kauft, dass diese Person dann keinen Platz mehr hat?

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent erwidert, dass das dann die Konsequenz daraus ist. Aber das muss man zuerst festlegen. Diese Terminologie wurde von Schaffhausen aus deren Reglement so übernommen und Herr Oderbolz ist der Meinung, dass diese Terminologie sich bewähren wird. Man hat nun solche Fälle und die bereiten der Kommission nur Kopfzerbrechen.

Jörg Derrer, SP hat noch eine Frage. Es ist ja wichtig, dass das Reglement innerhalb des Kantons gleich oder zumindest ähnlich ist. Sonst gibt es innerhalb des Kantons nachher nur Streitereien. Darum war noch seine Frage, da der Kanton bei den Bootsplätzen der Anrainergemeinden des Rheins zwischen Stein am Rhein und Buchberg, welche den Schaffhauser Bootsbesitzern Gegenrecht gewähren lässt, ist nun die Frage, ob das hier oben auch so ist. Herr Derrer wäre froh, wenn Herr Oderbolz dazu noch etwas sagen könnte.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent erklärt, dass Stein am Rhein kein Gegenrecht erhält. Alle Nachbarsgemeinden von Stein am Rhein machen das nicht mehr. Es gibt einen kleinen Passus nach Büsingen, wo es gewisse Rechte gibt, aber mit den Steiner Anrainern gibt es das nicht, darum hat man diesen Passus nicht übernommen.

Jörg Derrer, SP erwidert, dass es nun für ihn klar ist.

Christoph Frei, Pro Stein: will kurz aufklären: Es kann eigentlich jeder das Boot kaufen, worauf er gerade Lust hat, anmelden muss er nur, wenn er ein neues Boot auch an seinen Bootsplatz anhängen will.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent stimmt zu. Jemand, der schon einen Bootsplatz hat, muss ein neues Boot bewilligen lassen, jemand der sich für einen Bootsplatz anmeldet, muss bei der Anmeldung angeben, was er für ein Boot hat und welche Masse dieses Boot hat. Je nach dem kommt man dann zu einem Bootsplatz oder nicht. Es hat nicht für alle Platz. Ein freier Platz passt zu einem bestimmten Typ Boot, und an diesen Typen wird der Platz auch weitergegeben.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich und bittet die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, über den Antrag des Stadtrates abzustimmen.

<u>Abstimmung</u>
Der Antrag zu Artikel 5 und 6 wird einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag wird mit 8 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen angenommen.

mit Protokollauszug:
- Einwohnerrat, Peter Spescha, Im Riet 19, 8260 Stein am Rhein
- Ablage Ordner Stadtkanzlei
- Ablage

Extranet:
- Einwohnerrat (Protokoll 05/16)
- Stadtrat
- Bereichsleiter

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000

7. Allgemeine Umfragen / Verabschiedungen

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin vermerkt, dass sie das Monitoring 2017 schriftlich erhalten hat. Dies ist der Leistungsausweis für den Stadtrat und Frau Eimer freut sich, dass sie diesen übergeben darf. Auf der zweiten Seite sind die Jahresziele 2016 vermerkt. Diese werden von Frau Eimer verlesen und sind hier als Bild verlinkt. Da ist auch farblich ersichtlich, was schon erledigt wurde (grün), was in Arbeit ist (blau) und was noch offen steht (rot).

Referat	Bestehende Jahresziele	Kommentar
Präsidiales	1. Monitoring des Leitbildes ist durchgeführt und die weitere Umsetzung ist festgesetzt.	Erledigt
	Anpassungen von Verordnungen, Reglemente, Leistungsvereinbarungen werden evaluiert und priorisiert.	Einige Überarbeitungen wurden vorgenommen. Es ist ein laufender Prozess.
Tourismus, Kultur, Wirtschaft, Industrie:	Mit Gewerbe, Gastronomie, Tourismus und Kultur wird der "Runde Tisch" gepflegt. Strategien für ein Standortmarketing werden erarbeitet und die Umsetzung festgesetzt.	Der „Runde Tisch" ist eingeführt. Die Stadt beteiligt sich am RSE-Projekt Einkaufs- und Erlebnisregion SH der Wirtschaftsförderung zur Förderung des Detailhandels und der Gastronomie.
Soziales und Gesundheit	Erweiterung Alterszentrum wird eng begleitet.	
	Das Alterskonzept Stein am Rhein ist aktualisiert.	Erledigt.
Finanzen	Die Entwicklungen und Auswirkungen der kantonalen Spar- und Entlastungsprogramme (EP14 und ESH3) werden laufend in die Planung aufgenommen.	Erledigt. Im Finanzplan 2017 – 2021 aufgenommen.
	Das Anstellungs- und Besoldungsreglement ist überarbeitet.	In Arbeit. Es wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Der Start ist erfolgt.
	Für den Schuldenabbau ist ein Sanierungsplan erstellt.	Erledigt
	Die Bewirtschaftung des Finanzvermögens ist überarbeitet.	Erledigt
Bau	Projekte	
	• „WV- und Strassenprojekte Wagenhauser - und Eschenzerstrasse"	• Erledigt; abgerechnet
	• „Sanierung und Erweiterung Alters- und Pflegeheim"	• In Arbeit
	• „Bahn-/Bushof"	• In Arbeit
	• „Riipark"	• Erledigt
	• „Hexenturm"	• In Arbeit
	• „Hohenklingen"	• In Arbeit

	• „Bürgerasyl“ • „Kinderspielplatz“ • „Ersatz Kindergartenschulraum“ • „Parkplatz- und Verkehrskonzept“ sind aufgenommen und werden begleitet.	• In Arbeit • Erledigt • In Arbeit • In Arbeit
	Übergabe der Bootsliegeplätze an das vom Stadtrat beauftragte Organ.	Erledigt
Sicherheit und Umwelt Stadtpolizei Bestattungswesen/Friedhof	Die strategische Ausrichtung der Stadtpolizei ist definiert und verabschiedet.	Erledigt
	Die Neubesetzung einer Stadtpolizei-Stelle (mit Bestattungswesen) ist abgeschlossen.	Erledigt
	Die Administration der Grabfelder mittels Fachapplikation ist umgesetzt.	Die Fachapplikation ist angeschafft. Die Datenaufnahme ist Arbeit.
	Das Gemeinschaftsgrab mit Beschriftung ist ausgeführt.	Ein erster Entwurf ist vorhanden; In Arbeit
	Der Feuerwehrverband ist operativ und administrativ umgesetzt.	In Arbeit

Wie man sieht, kann man auf diesen Leistungsnachweis, trotz der Wechsel, die man gehabt habt mit zwei neuen Leuten, stolz sein auf diesen Leistungsausweis.
Auch die Fortschreibung der Jahresziele sind mit drin. Man hat sich noch überlegt, ob man das machen soll oder nicht, da ja das Team in der neuen Legislatur wechselt. Frau Sigrist ist die einzige, die noch bleibt als Stadträtin. Der Stadtrat hat es aber als wichtig befunden, dass man sozusagen die eigenen Gedanken zur Zukunft weitergeben kann. Vielleicht gibt es dazu noch einzelne Anpassungen, das wird man dann sehen.
Folgende Jahresziele sind auch als Bild verlinkt:

Referat	Jahresziele 2017
Präsidiales	Anpassungen von Verordnungen, Reglemente, Leistungsvereinbarungen (FC, TV, No e Wili Verein) werden evaluiert und priorisiert.
	Mit Gewerbe, Gastronomie, Tourismus und Kultur wird der "Runde Tisch" weiterhin gepflegt.
	Die Arbeiten an den Strategien für ein Standortmarketing werden fortgeführt und die Umsetzung festgesetzt.
	Fortführung der Positionierung von Stein als Kulturstadt Unterstützung für Tourismusfördergesetz
Soziales und Gesundheit	Priorisierung der Massnahmen Alterskonzept Stein am Rhein ist erfolgt.
	Die Planung Arbeitsintegrationsprojekt ist abgeschlossen mit dem Ziel, 2018 das Projekt umzusetzen.
	Zusammenarbeit mit Verein Hand in Hand wird weitergeführt.
Finanzen	Die Massnahmen zur Entlastung des Finanzhaushalts gemäss Finanzplan 2017 bis 2021 werden eingehalten und umgesetzt.
	Das Anstellungs- und Besoldungsreglement ist bis 2018 überarbeitet.
	Das Gebührenreglement ist angepasst.
Bau	Projekte • „Sanierung und Erweiterung Alters- und Pflegeheim“ • „Bahn-/Bushof“ • „Hohenklingen“ • „Bürgerasyl“ • „Ersatz Kindergartenschulraum“ • „Parkplatz- und Verkehrskonzept“ Die Projekte werden begleitet und fertig gestellt.
	Aufbau neue Stelle Immobilienverantwortlicher
	Die pendenten Bauabrechnungen werden im ersten Semester abgerechnet
Präsidiales und Sicherheit	Das Gemeinschaftsgrab mit Beschriftung ist ausgeführt.
	Die Administration der Grabfelder und des Bestattungswesens mittels Fachapplikation ist umgesetzt
	Der Feuerwehrverband wird administrativ umgesetzt.
Bildung	Fortführung der Projektarbeit Schulzusammenarbeit Oberer Kantonsteil
	Umsetzung Schulsozialarbeit
	Schulraumplanung • Kindergartenplanung: Planung/Vorlage Ersatz Kindergarten Fridau am Standort Villa Lieb in Arbeit (Vorlage 1. Quartal 2017). • Projekt Anpassungen Schulhaus Schanz/Lagerhaus: Gemäss Liegenschaftentour in Arbeit. Projektbericht an Stadtrat 1. Quartal 2017 (Schulbehörde / Bau)
Stadtverwaltung	Die internen Prozesse und vorhandene Kontaktfelder zwischen den Referaten sind präzisiert und festgelegt.
	Umsetzung der Verwaltungsreform
	Die "Bestelleranforderungen" für die Sanierung des Rathauses sind durch die Stadtverwaltung erarbeitet und im Stadtrat verabschiedet.
	Der IT-Anschluss an die KSD Schaffhausen ist vollzogen
	Ablösung der Fachapplikation „isys“ durch umfassendes Dokumentenverwaltungssystem
	Die Administration des Einwohnerrates ist auf einen guten Stand gebracht. Die Abläufe sind eingespielt. Die Vorbereitungen der Sitzungen sind seitens Stadtverwaltung fehlerfrei.

Dazu kommt noch das Monitoring Leitbild, bei welchem man auch sehen kann, dass sehr vieles schon grün ist und man hier somit gut unterwegs ist. Frau Eimer verzichtet darauf, hier die einzelnen Punkte zu verlesen. Sie betont nochmals, dass man hier gut

unterwegs ist. Die Fortführung des Leitbildes ist auf Seite 6 mit den Massnahmen, wie das Leitbild aufgegleist wurde. Diese werden sicher noch aktualisiert, damit sie auch als Arbeitsinstrument für die Exekutive und Legislative einsehbar ist. Generell sieht man, dass der Stadtrat eine sehr hohe Kadenz an den Tag gelegt hat. Der Stadtrat dankt den Beteiligten für Ihren Einsatz und fürs Engagement.
Der Stadtrat wünscht den neuen Behördenmitgliedern und der neuen Behörde viel Erfolg und einen guten Start in die neue Legislatur. Die Übergabe ist geplant und sollte bis Ende Jahr über die Bühne gegangen sein. Frau Eimer wünscht allen schöne Weihnachten und ein gutes Neues Jahr.

Rolf Oster, SP bemerkt, dass er vor 14 Jahren mit einem Votum im Traktandum Verschiedenes angefangen hat und so soll es nun auch enden. Es war sicher lohnenswert, im Einwohnerrat mitzuarbeiten. Es war sehr spannend und bewegend. Herr Oster hat in dieser Zeit viele neue Sachen und viele Menschen kennengelernt, mit denen er teilweise sehr gut zusammenarbeiten konnte und auch viel gelernt hat in der Auseinandersetzung. In diesem Sinne möchte Herr Oster dem nächsten Rat sein Postulat übergeben. Das ist wahrscheinlich immer noch irgendwo hängig. Im Zweiten möchte Herr Oster sich bedanken für die Zusammenarbeit in den letzten 14 Jahren. Er hatte viele neue Gesichter hier gesehen und nun ist es an ihm, ein neues Gesicht an seinen Platz zu setzen. Vielen Dank.

René Schäffeler, FDP bemerkt, dass er ziemlich befremdet war, dass man über die Kommissionsarbeit mit einem Leserbrief in der Presse reagieren muss. Er will nur sagen, dass die Kommission Bau, Liegenschaften, Sicherheit und Umwelt den Baurechtsvertrag für die Alterswohngenossenschaft Fridau in der nächsten Sitzung behandeln wird. Man will das nicht auf die lange Bank schieben, auch wenn es in der Kommission vielleicht einige Wechsel geben wird. Man ist der Meinung, dass man für vier Jahre gewählt wurde und Themen, die behandelt und bearbeitet werden, sollen auch bis ans Ende der Legislatur behandelt und bearbeitet werden. Das ist auch ein Thema, das man schon lange vor sich her schiebt. Auch wenn es Wechsel geben wird, ist es sicher auch für die neuen Mitglieder interessant, zu sehen, wie die alten Mitglieder das beurteilt haben.

Rolf Oster, SP äussert seinen Beweggrund damit, dass nur eine Person der Kommission erhalten bleiben wird. Es ist aber wichtig, dass das Projekt vorwärts geht.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident: schliesst damit ab, dass man sich hier nun zur letzten Sitzung dieser Legislatur getroffen hat. Die Wahlen sind vorbei und knapp die Hälfte der hier Anwesenden wird im neuen Jahr nicht mehr da sein. Das sind nicht wenige. Herr Spescha hat es sich erlaubt, zu den Abgängern eine kurze Info zusammenzustellen:
Claudia Eimer: 4 Jahre als Einwohnerrätin, 5 Jahre als Stadtpräsidentin
Ulrich Böhni: 1 Jahr im Stadtrat
Ernst Böhni: 15 Jahre Einwohnerrat, 15 Jahre Stadtrat
Markus Oderbolz: 7 Jahre Einwohnerrat, 4 Jahre Stadtrat

aus dem Einwohnerrat:
Christian Flück: 4 Jahre
Arthur Cantieni: 40 Jahre
Irene Gruhler Heinzer: 4 Jahre
Rolf Oster: 14 Jahre

Werner Schmid: 5 Jahre
Christoph Frei: 4 Jahre
Marc Rossi: 4 Jahre

Herr Spescha dankt allen, die nun zum letzten Mal hier sind, aber auch allen, die nächstes Jahr wieder kommen werden. Dazu dankt er allen noch für die Unterstützung, die er als Einwohnerratspräsident erhalten hat.
Die erste Sitzung im neuen Jahr, die konstituierende Sitzung, wird am 13. Januar 2017 um 20.00 Uhr im Jakob und Emma Windler Saal stattfinden.
Die Sitzung endet um 22.40 Uhr.

Stein am Rhein, 15. Februar 2017

Die Protokollführerin

Beatrice Strasser